

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der **16. und 17. Sitzung** des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2017/2018 vom 11. Dezember 2017

von 16.15 bis 18.30 Uhr und von 20.00 bis 22.00 Uhr

Vorsitz: F. Landolt (SP)
Protokoll: A. Fatzer
Entschuldigt: 16./17. Sitzung: D. Hofstetter (Grüne)
Verspätet (ab 17.20 Uhr): F. Albanese (SVP)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1.		Protokoll der 12./13. Sitzung	
2.	17.75	Wahl der Leitung der Finanzkontrolle Winterthur für die Amtsdauer 2018/2021 (1.1.2018 – 31.12.2021)	M. Gross
3.	17.136 (DTB)	Finanzielle Vergütung Stadtwerk Winterthur: Festlegung der finanziellen Vergütung für das Jahr 2018 zulasten der verschiedenen Geschäftsfelder	P. Rütsche
4.	17.132 (DSS)	Jährlich wiederkehrende Beiträge von Fr. 60'000 ans Familienzentrum Winterthur ab 2018	G. Stritt
5.*	17.133 (DFI)	Budget 2018 und Festsetzung des Steuerfusses, Nachtrag zum Budget 2018 «Novemberbrief»	Verschiedene
6.	15.10 (DSS)	Antrag und Bericht zum Postulat S. Gyax-Matter (GLP/PP), K. Cometta-Müller (GLP/PP), D. Hofstetter (Grüne/AL) und S. Madianos-Hämmerle (SP) betr. Betreuung der jüngsten Schulpflichtigen	
7.	16.112 (DFI)	Beantwortung der Interpellation R. Kappeler (SP) betr. Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III für die Stadt Winterthur	
8.	16.87 (DKD)	Beantwortung der Interpellation M. Zeugin (GLP) und M. Wäckerlin (PP) betr. Standortbestimmung bei der Beteiligung an der Winterthurer Technopark AG	
9.	17.11 (DKD)	Begründung des Postulats Ch. Magnusson (FDP) betr. Platz der Künste in Winterthur	

10. 17.12 (DKD) Begründung des Postulats S. Büchi (SVP) betr. Kürzungen bei Kunst am Bau
11. 17.13 (DKD) Begründung der Motion Ch. Magnusson (FDP) betr. Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Kulturfinanzierung
12. 17.14 (DKD) Begründung der Motion K. Cometta-Müller (GLP/PP), D. Hofstetter (Grüne/AL), M. Sorgo (SP) und B. Huizinga (EVP) betr. Zielvorgaben für ausgewogene Vertretung der Geschlechter im Kader
13. 17.7 (DKD) Beantwortung der Interpellation Ch. Magnusson (FDP) betr. Winterthur als Kulturhauptstadt Europas
14. 17.28 (DKD) Begründung des Postulats U. Meier (SP) betr. freier Eintritt in die Museen der Stadt Winterthur an einem Tag pro Monat
15. 17.45 (DKD) Begründung des Postulats Ch. Magnusson (FDP) und M. Trieb (SVP) betr. Kernstadt als Campus
16. 17.9 (DKD) Beantwortung der Interpellation St. Feer (FDP) betr. Entwicklung einer langfristigen Kulturmarke für Winterthur
17. 16.120 (DSO) Beantwortung der Interpellation D. Oswald (SVP), A. Geering (CVP) und D. Schneider (FDP) betr. islamistische Einrichtungen und Extremismus in Winterthur
18. 17.69 (DSO) Begründung des Postulats D. Schneider (FDP), R. Comfort (GLP), I. Kuster (CVP), S. Büchi (SVP) und Y. Gruber (BDP) betr. Umsetzungskonzept «Arbeit statt Fürsorge»
19. 17.10 (DSO) Beantwortung der Interpellation L. Banholzer (EVP), B. Helbling (SP) und J. Altwegg (Grüne/AL) betr. Reorganisation der Alterszentren

(* An dieser Sitzung behandelte Geschäfte)

Ratspräsident F. Landolt: Begrüsszt zur 16./17. Sitzung des Amtsjahres 2017/2018. Entschuldigt für beide Sitzungen ist Doris Hofstetter, für die Nachmittagssitzung verspätet kommt Franco Albanese.

Gaby Gisler möchten wir herzlich zum Geburtstag gratulieren.

Ich erhielt keine Anmeldungen für Fraktionserklärungen.

5. Traktandum

GGR-Nr. 17.133: Budget 2018 und Festsetzung des Steuerfusses, Nachtrag zum Budget 2018 «Novemberbrief»

Ratspräsident F. Landolt: Wir fahren direkt weiter bei den Budgetberatungen. Wir konnten die Departemente Kulturelles und Dienste, Finanzen, Bau und Sicherheit und Umwelt fertig beraten und stecken in der Beratung im Departement Schule und Sport, auf p. 11 des Drehbuches bei der Berufsbildung.

Wir haben von der BSKK den Antrag für die Aufnahme eines neuen Indikators, Katharina Gander bitte.

Dept. Schule und Sport

K. Gander (Grüne/AL): Ich stelle Ihnen kurz den Antrag für einen neuen Indikator vor. Der Antrag wurde in der BSKK mit 9:0 angenommen.

Ein zentraler Punkt bei der Neuausrichtung der msw ist, den Anteil von BM1 (die BMS, die während der Lehre gemacht wird) stark zu erhöhen. Die msw soll damit eine attraktive Alternative für starke Sekundarschüler werden, um anschliessend an einer Fachhochschule ihr Studium absolvieren zu können. Der Anteil der BMS zurzeit bei der msw liegt bei 30%. Das Ziel ist es, diesen BM1-Anteil in der nächsten Zeit auf 75% anzuheben. Es ist also eine ziemlich grosse Hürde, die die msw da nehmen muss. Da die msw zurzeit auch noch einige andere Projekte stemmen muss und eine solche Erhöhung auch entsprechend Massnahmen erfordert bei der Rekrutierung, hat der Direktor der msw, Herr Hitz, uns eine Zunahme von 2018 um 10%, d.h. auf 40%, 2019 gleichbleibend (ebenfalls 40%), 2020 50% und 2021 60% vorgeschlagen. Wie bereits gesagt, ist das Endziel klar bei 75% definiert. Wichtig ist da zu erwähnen, dass wir nicht über diese Werte bis 2021 entscheiden, sondern lediglich über den Wert 2018.

Ich fasse gerne nochmals alles zusammen: Neu ist, dass bei den wirkungsorientierten Faktoren beim Produkt msw ein neuer Punkt eingeführt werden soll, nämlich die Anzahl Schüler in Prozent, welche die BM1 besuchen. Weiter soll bei diesem neuen Indikator für das Jahr 2018 40% festgelegt werden.

Diesen beiden Anträgen hat die Kommission 9:0 zugestimmt.

Ratspräsident F. Landolt: Es gibt noch einen kleinen Modifikationsantrag der SVP. Wollt Ihr den nochmals stellen?

D. Oswald (SVP): Ja. Wir haben das auch in der SVP diskutiert und sind, wie wir da auch ausgeführt haben, mit der Einführung dieses Indikators einverstanden. Wenn wir aber das Ganze etwas genauer anschaut und sich fragt, wie man denn das erreichen will, dann kommt man auch an die Grenzen resp. an die Schwäche dieser Überlegung.

Wie ausgeführt wurde, ist der Anteil an Schülern, die die Berufsmittelschule machen, aktuell bei 30%. Ich gehe davon aus, dass das Durchschnittswert ist, der einfach unter den Jugendlichen stattfindet, die Schulabgänger sind und in eine Lehre gehen, dass das der Durchschnitt ist, der im Raum Winterthur oder Zürich stattfindet und realistisch ist. Wenn wir auf 40% gehen bei der msw, heisst das bereits, dass wir 33.3% über dem Durchschnitt sind, der vorhanden ist. Wenn wir das noch weiter erhöhen wollen auf 75%, wie gesagt wurde, muss man sich fragen, wie wir das überhaupt erreichen können als Ausbildungsanstalt.

Da gibt es verschiedene Möglichkeiten. Wir können sagen, wir nehmen nur noch von dem Drittel, der von der Volksschule her so weit gebracht wurde, dass er die BMS machen kann, wir wollen primär nur noch Lehrlinge von diesem Drittel und nehmen weniger von den anderen. Das würde ja heissen, dass man die Gesamtlehrlingszahl in der msw reduzieren müsste, um das Ziel zu erreichen. Ich habe aber von der msw weder gesehen noch gehört, dass sie das machen wollen. Es ist ganz klar nicht das Ziel, dass man weniger Ausbildungsplätze anbietet, also fällt diese Variante grundsätzlich schon einmal weg.

Eine weitere Variante ist dann, dass man das Niveau für den Einstieg in die Berufsmittelschule senken könnte. Ich glaube, auch das ist nicht wirklich eine zielführende Variante, schlussendlich wollen wir ja das Bildungsniveau generell weiterentwickeln, höher ansetzen, also kann es auch nicht sein, dass wir einfach sagen, die Eintrittsschwelle, um die Berufsmittelschule zu machen, wird tiefer. Also fällt auch das weg.

Das andere ist, dass man dann einfach sagt, wir wollen zwar gleich viele Lehrlinge behalten, aber wirklich nur noch auf die gehen, die die Berufsmittelschule machen können, d.h. dann muss man sehr wahrscheinlich massiv mehr in die Rekrutierungskosten investieren, dass man nur noch an diese herankommt, dass wirklich nur noch die kommen, die die besten Noten haben. Das kann auch nicht das Ziel sein, dass man die privaten Institutionen konkurrenziert, dass man nur noch die obersten will, die mit den besten Noten und die, die danach an das Tech können, und die Privatwirtschaft soll sich dann mit den anderen herumschlagen. Schlussendlich wird primär in der Sekundarschule festgelegt, ob ein Schüler die Berufsmittel-

schule besuchen kann, wenn er in die Lehre geht, nicht im Institut, wo er die Lehre macht. Und von daher ist es einfach nicht realistisch, dass wir da über Prozentzahlen von 40 und mehr hinauskommt. 50% BMS-Absolventen ist nicht realistisch und nicht unter normalen Bedingungen zu erreichen.

Es kann nicht sein, dass wir einfach mit Steuergeldern finanziert eine unnötige Konkurrenzsituation machen und den privaten Lehrinstituten die Besten wegnehmen. Ich erinnere daran, ich weiss das aus eigener Erfahrung, dass man für einen Durchschnittsschulabgänger, der einen Beruf lernt, der etwas Mathematik und Vorstellungsvermögen hat, Lehrer anstellen muss um nachzuschulen, weil diese Kinder vieles nicht mehr mitbekommen von der Schule her. Das ist Tatsache, das ist auf dem Platz Winterthur so. Es kann nicht das Ziel sein der Stadt Winterthur, das nun weiter so zu treiben. Da wehren wir uns von der SVP aus dagegen. Wir sind für den Indikator, wir sind für die 40%. Und auch wenn wir das heute nicht abschliessend beschliessen für die zukünftigen Jahre, ist es trotzdem wichtig, dass man das da bereits sagt: Über 40% macht schlichtweg keinen Sinn, das geht nur auf Kosten der anderen oder mit dem Ziel, dass man die Schülerzahl reduziert. Deshalb bitte ich Euch, unserem Antrag zuzustimmen, diesen Indikator einzuführen und für die Jahre bis 2021 auf 40% zu belassen.

Ratspräsident F. Landolt: Es wurde von der Referentin gesagt, dass wir heute über die 40% abstimmen. Ich nehme das als Meinungsäusserung der SVP so entgegen, aber ich bitte darum, dass sich die Wortmeldungen auf den Antrag neuer Indikator und 2018 40% konzentrieren.

K. Gander (Grüne/AL): Das Anliegen mit den 75% haben wir hier drinnen bereits einmal diskutiert. Es ist schon eine Weile her, dort wäre das Votum angebracht gewesen, wir haben darüber befunden. Wie Felix Landolt bereits gesagt hat: Heute stimmen wir über die 40% und die Einführung des neuen Indikators ab. Das andere ist dann ggf. eine Diskussion in den kommenden Jahren.

M. Zehnder (GLP/PP): In der Kommission wurde der Indikator sehr genau diskutiert, auch dass man allenfalls abgestufte Varianten hat und nicht gleich von Anfang an auf 75% geht. Wir von der GLP unterstützen natürlich, dass der Indikator überhaupt gesetzt wird, so dass wir als Gemeinderäte sagen können, was wir gerne für Leistungsziele haben. Es hat sich in der Kommission auch gezeigt, dass es für die msw schwierig sein wird, die 75% zu erreichen, aber wir sind auch der Meinung, dass wir da eine Schule aufbauen wollen oder dass sich die msw als Schule positionieren sollte, die für eine Berufslehre mit erhöhten Ansprüchen ist. Nicht einfach ein Konkurrenzprodukt zu sämtlichen anderen Berufslehren, sondern etwas, das eigentlich Gymischüler abholt, damit sie nicht den akademischen Weg wählen, sondern über die Berufslehre ihren Weg machen in eine Ingenieurschule.

Zur Angst Nummer 1, die Ihr habt, die Anzahl Lehrlinge reduzieren, weil man anscheinend diese Schule dermassen mit dem Indikator beutelt, muss ich sagen: Einerseits wollten wir das ja, das die Lehrlingszahl kleiner wird, und andererseits ist es ja auch so, dass wenn wir den Indikator jetzt setzen, dann werden wir regelmässig bei der Budgetdiskussion die Frage stellen müssen, ob wir den Indikator erhöhen können, ob wir auf die 75% gehen können, wie als Ziel definiert wurde, oder müssen wir den Indikator anpassen, damit nicht weniger Schüler rekrutiert werden können. Übrigens ist es ja so, dass eine Schule einen Indikator auch verfehlen kann, ohne dass sie gleich geschlossen wird. So ein grosses Problem ist es ja dann nicht, wenn sie die 75% nicht erreichen.

Zu der zweiten Angst, die Ihr da habt, dass private Lehrlingsbetriebe unnötig benachteiligt werden, da kann ich vielleicht auch noch eine andere Sichtweise einbringen: Wir haben immer wieder Lehrlingsbetriebe, die sagen, weshalb sie BMS-Schüler nehmen sollten, da diese einen Tag mehr im Geschäft fehlen, weil sie mehr zur Schule gehen. Es sei nicht gut, wenn sie BMS-Schüler ausbilden, da diese nachher allenfalls an eine Ingenieurschule gehen. Lehrlingsbetriebe haben lieber Schüler, die keine BMS machen oder sich allenfalls nach der Lehre für BM2 entscheiden. Und da denke ich, dass es ganz gut ist, wenn wir auf dem Platz Winterthur eine Schule haben, die sagt: «Wir nehmen BMS-Schüler. Wenn die Privaten das nicht

wollen, dann schauen wenigstens wir, dass der Ingenieurweg schon in der Lehre angeboten wird.»

Und zur 3. Angst, die Ihr habt, das mit dem Niveau senken für die BMS: Da kann ich ganz stark Entwarnung geben. Die BMS ist kantonal aufgebaut, es kann nicht sein, dass die msw kommt und sagt, sie setze das Niveau der BMS herunter, damit sie genug Schüler haben. Das geht gar nicht ins Konzept. Das sind BMS-Schüler, die die Lehre machen in der msw. Das Niveau der BMS ist vom Kanton geregelt.

So gesehen sehe ich die Ängste der SVP nicht ganz ein. Wir von der GLP/PP-Fraktion sind der Meinung, dass wir durchaus erhöhen können. 40% wie vorgeschlagen ist aus unserer Sicht eher wenig, aber wir können damit leben. Wir haben in der Kommission gehört, dass es schon so ein ziemlich sportlicher Auftrag ist. Die Einführung des Indikators unterstützen wir, wir haben schon oft gesagt, dass wir stark darauf pochen, dass da eine Leistungsschule aufgebaut wird.

A. Geering (CVP/EDU): Die CVP/EDU-Fraktion wird dem neuen Indikator und der Zielvorgabe für das Budget 2018, die beantragt ist mit 40% Lernenden, welche die BM1 besuchen, zustimmen. Ich möchte aber kurz noch auf die Zielvorgaben 2019 bis 2021 eingehen, die wir schon in der Kommission diskutiert haben, die heute nicht eigentlich zur Abstimmung stehen, aber doch schon angeschnitten wurden.

Mich persönlich erstaunt es, dass das jetzt in diesem Rahmen diskutiert wird, das Ziel von diesen 75%. Am 4. Juli, als Ihr im Gemeinderat über die msw beschlossen habt, war ich selber noch nicht in diesem Rat, ich habe aber das Protokoll gelesen. Dort ist bei der Weisung 2016.010 in Ziffer drei festgehalten: «... Der Berufsmaturitätsanteil (BM1) der Lernenden soll bei 75 % liegen ...» In dem Sinn habt Ihr dieses Ziel einmal beschlossen und ich nehme erstaunt zur Kenntnis, dass man das wieder öffnet.

Entsprechend betrachtete die Kommission diesen Steigerungspfad als logische Konsequenz und setzte es auch so fest. Ich kann aber heute Abend auch schon sagen, dass wenn der Rat als Gesamtes zum Schluss kommt, dass man dieses lang- oder mittelfristige Ziel von diesen 75% nochmals diskutieren müsste, dass sich die CVP/EDU-Fraktion sich ergebnisoffen auf einen solchen Prozess einlassen würde.

G. Stritt (SP): Die SP-Fraktion begrüsst, dass es diesen Indikator geben soll, und unterstützt den Antrag der Kommission.

Stadtrat J. Altwegg: Der Stadtrat stellt sich hinter diesen BSKK-Antrag. Es ist ein Indikator, der eigentlich automatisch hätte hineinkommen sollen, der aber in der Hitze des Gefechtes unterging, das wird man selbstverständlich nachpflegen. Wie gesagt, für 2018 bei 40%. Es wurde bereits mehrmals gesagt, es ist ein Ziel, die msw dorthin zu führen, dass sie eben v.a. Abgänge hat, die danach an die ZHAW sollten. Das ist heute schon ein bisschen so, dass Leute, die an der msw sind, später dann an die ZHAW gehen. Wir haben eine Reduktion der Ausbildungsplätze, nämlich von 236 auf 180, das ist ein Wunsch des Parlamentes, dass man das umsetzt. Das ist durchaus eine Möglichkeit. Martin Zehnder sagte es, die BMS ist eine kantonale Schule. Wir können dort wohl weder am Niveau schrauben noch an irgendwelchen Prozentsätzen. Auch hat er ausführlich berichtet, wie das mit der Privatwirtschaft gegenüber der msw ist. Die msw mit 180 Plätzen kann der Privatwirtschaft wohl nicht wahnsinnig viele Leute wegnehmen, sondern im Gegenteil den Leuten, die sich sonst für das Gymi entscheiden würden, den handwerklichen Beruf näherbringen. Von daher möchte ich dafür plädieren, wirklich das Potential zu nutzen, das wir haben, statt das irgendwie künstlich zu begrenzen. Wir haben ebenfalls zur Kenntnis genommen, dass der Teil, der dann weiter in der Zukunft ist, in späteren Gemeinderatsdebatten entsprechend Zeit beanspruchen wird.

Ratspräsident F. Landolt: Wir kommen zur Abstimmung über die Aufnahme dieses Indikators mit einem Anteil von 40% im Jahr 2018.

Wer dem zustimmen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben.

Wer das ablehnt, ebenfalls.

In dem Fall haben Sie das fast einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum Sportamt. Da liegt ein Antrag der SVP vor, Marcel Trieb, darf ich bitten.

M. Trieb (SVP): Zum Antrag: Wir beantragen eine Globalbudgeterhöhung von Fr. 65'000, d.h. Fr. 45'000 bei Jugendsportförderung und Fr. 20'000 für das Projekt „Girls only“. Die Fr. 20'000 für das «Girls only»-Projekt sollen dieses Projekt vorwärtsbringen, so dass es in allen Quartieren angeboten werden kann.

Einige Fakten noch zur Jugendsportförderung: Die gemeldete Gesamtzahl der Jugendlichen ist seit 2011 um fast 15% gestiegen. Der Budgettopf von Fr. 200'000 wurde in den letzten Jahren nie erhöht, sondern er wurde bereits zwei Mal gesenkt. Da sich immer mehr Jugendliche in den Sportvereinen engagieren, müssen wir die Winterthurer Vereine stärken, damit sie das in Weiterbildungen für ihre Trainer investieren können.

Ich hoffe auf Eure Unterstützung, vielen Dank.

U. Meier (SP): Ganz kurz die Meinung der SP-Fraktion zu diesem Antrag. Wir haben das diskutiert, wir waren uns nicht sofort einig, ob wir das unterstützen sollen. Wir haben uns nun dafür entschieden, das zu machen. Wir sind deshalb ein bisschen skeptisch, weil wir es ein bisschen einseitig finden, da in anderen Bereichen doch sehr grosse finanzielle Unsicherheit besteht, was die Förderung oder die Unterstützung von anderen Freizeitbeschäftigungen ausser Sport angeht, z.B. Musikschulen oder so, und dass man da doch ein bisschen einseitig mehr Geld verteilen würde. Es ist aber sicher unterstützungswürdig, die Sportvereine zu unterstützen, deshalb konnten wir uns dazu durchringen, dass wir diesen Antrag so mittragen, auch weil wir das in der Diskussion in der Kommission noch dahingehend verändern konnten, dass «Girls only» ganz speziell berücksichtigt werden soll.

Y. Gruber (EVP/BDP): Ich habe zum letzten Budget-Posten absichtlich die Sprache nicht erhoben, weil es eigentlich eindeutig war. Damit die Presse aber doch noch gehört hat, dass die EVP/BDP-Fraktion auch anwesend ist und auch durchaus etwas zu sagen hat, möchte ich ganz kurz und bündig sagen, dass wir den Antrag unterstützen können, obwohl wir wie die SP zuerst für eine andere Verteilung waren (das «Girls only»-Projekt sollte ein bisschen mehr von diesen Prozents erhalten), stimmen wir nun dem Antrag zu, so wie er vorliegt.

K. Gander (Grüne/AL): Auch ich oder die Fraktion Grüne/AL teilen die Ausführungen von Ursina Meier. Bei uns war es sehr wichtig, das haben wir nachträglich ja noch eingefügt, dass man der Mädchensportförderung noch ein Teil des Geldes zufügt. Das war für uns ein zentraler Punkt, um zustimmen zu können. Die Mädchen können deutlich weniger von den Geldern der Jugendsportförderung profitieren und dank dieser Aufsplittung werden sie nun auch berücksichtigt. Deshalb wird die Fraktion Grüne/AL dem Antrag zustimmen.

A. Geering (CVP/EDU): Es stimmt nicht, dass in den letzten Jahren bei der Jugend- und Sportförderung nie erhöht wurde. Wir haben die Zahlen vom DSS erhalten, von 2011 bis 2017. Ich komme darauf später zurück.

Es ist doch recht ungewöhnlich, dass die SVP vorschlägt eine Budgetposition zu erhöhen und das doch um einen wesentlichen Betrag von Fr. 200'000 auf Fr. 265'000. Es scheint fast, als wäre bei Euch das «V» herausgefallen im Parteinamen. Die Kommission war vom Ansinnen aus Eurer Ratsseite so überrascht, dass sie dem Antrag mehrheitlich Folge geleistet hat. Es geht den städtischen Finanzen wieder gut und man kann hier etwas erhöhen und dort noch etwas dazu geben und gerade auf die Wahlen hin schauen, dass man so gut dargestellt wird. Dies war in diesem Jahr nicht immer so. Ich möchte daran erinnern: Als der Stadtrat im Sommer Handball eine Unterstützung gab mit 4 x Fr. 25'000, also total Fr. 100'000 verteilt über vier Jahre zu unterstützen, sah sich die SP durch diese Erhöhung beim Handball am 26. Juni 2017 zu einer Fraktionserklärung genötigt. Ich möchte aus dieser Fraktionserklärung zitieren: «Der Entscheid schafft erstens einmal ein gefährliches Präjudiz. Viele andere Vereine sind auch sehr wertvoll für Winterthur und machen auch eine gute Nachwuchsförderung. Diese Vereine und Sportorganisationen werden zu Recht die Stadt auf die ungleiche Behandlung anprangern.» Ja, das ist jetzt offensichtlich bereits passiert, dass die ersten Vereine kommen und auch mehr erhalten. Nur – die Spirale wird sich weiterdrehen. Es werden ande-

re Players kommen von der Kinder- und Jugendförderung, im Jugendverbandsverein, aus dem Kultur- und Kunstsektor, und von daher finde ich es schade, dass es einfach mit dem Label, mit dem Köder des Labels «Girls only» die SP wie ein junges Entchen zu der SVP herüberschwamm und sich sofort diesem Antrag angeschlossen hat, wie ein junges Entchen zum Wasser.

Liebe Ratskolleginnen und -kollegen. Es ist eine Erhöhung von 200'000 auf 265'000, die angedacht wurde. Die 200'000 sind aber bereits Fr. 35'000 höher als das, was die Jugend- und Sportförderung in den Jahren 2014 und 2015 erhalten hat. Wir haben eine Aufstellung erhalten, was das auf «Kopfbeitrag pro Kind/Jugendliche» heisst. Wenn man diese Zahlen anschaut, dann sieht man, dass in den Jahren 2011 bis 2017 der Kopfbeitrag nie so hoch war wie in den Jahren 2016 und 2017.

Die CVP/EDU-Fraktion wird dieser punktuellen Beitragserhöhung heute nicht zustimmen. Wir würden es aber begrüßen, wenn wir vom Stadtrat eine departementsübergreifende Zusammenstellung bekämen, wo überall für welche Angebote Kinder- und Jugendförderung passiert, so dass man einmal eine Gesamtschau bekäme.

Ch. Magnusson (FDP): Vielleicht zuerst die Rüge an den Chef: Es wäre eigentlich ein Kommissionsantrag gewesen, denn er wurde ja mit 6:2 angenommen. Dann bin ich der Meinung, dass ich als Kommissionsreferent zu diesem Thema auch den Antrag hätte vorstellen müssen. Ich habe mich aber gefreut, dass Marcel Trieb das so gut vorbereitet und damit eigentlich meinen Job übernommen hat. Herzlichen Dank dafür.

Es ist Weihnachtszeit, es ist Wahlkampfzeit, es sieht so aus, als ob Geschenke verteilt werden. Gewisse Geschenke verteilt man am liebsten spontan und nach Herzenslust, so wie es ist, wenn man denkt: «Ha! Heute hatten wir doch eine Sitzung und abends noch einmal eine, dann machen wir doch denen vom Nachmittag am Abend in der Sitzung ein Geschenk.» Es ist nicht immer die ideale Vorgehensweise in einem Gemeinderat.

Deshalb danke ich auch zuallererst Andreas Geering von der CVP, dass er die Fakten richtiggestellt hat. Die Jugendsportförderbeiträge sind nämlich als Sparmassnahme um Fr. 35'000 gekürzt worden für die Jahre 2014 und 2015, und dann, im ordentlichen Budgetprozess auf Antrag der FDP, als Kommissionsantrag wieder auf den vorgängigen Stand von 200'000 erhöht worden, so wie sie in den letzten Jahren auch gewesen waren. Also man hat dort einen Spareffekt rückgängig gemacht, weil man in der Kommission sagte, man habe am falschen Ort gespart.

Die FDP hat selbstverständlich nichts dagegen, wenn der Jugendsport gefördert wird, v.a. auch wenn der Mädchensport gefördert wird, weil das ein Bereich ist, der im Vereinssport tendenziell eher untervertreten ist. Das hat aber ganz viele verschiedene Gründe. Nichtsdestotrotz ist das Projekt «Girls only» etwas sehr Sinnvolles und wir können gut damit leben, dass wenn eine Mehrheit der Stadt Winterthur das Gefühl hat, man müsse dort mehr Geld ausgeben, dass man das auch macht. Sport ist etwas Sinnvolles und fördert wahrscheinlich nachhaltig viel mehr oder spart auch mehr ein, als man da ausgibt dafür.

In Zukunft, bitte, liebe SVP, solche Anträge ein bisschen frühzeitiger, ein bisschen formkorrekter stellen, dass man auch noch darüber sprechen kann und das Ganze nicht so spontan in der Kommission behandeln muss. Es liegt kein Ablehnungsantrag vor, ich habe auch das Votum nicht als Ablehnungsantrag verstanden, dementsprechend gehe ich davon aus, dass der Jugendsport heute Abend ein bisschen mehr Geld bekommt, und kann damit gut leben.

M. Zehnder (GLP/PP): Nachdem nun unklar ist, von wem der Antrag kommt, dass wir erhöhen, und noch viel unklarer ist, welcher der zu diskutierende Ablehnungsantrag überhaupt ist, freut es mich trotzdem, dass ich noch etwas dazu sagen darf, obwohl es eigentlich gar nicht zur Diskussion steht.

Wir sehen den Antrag als Möglichkeit, den Winterthurern etwas zurückzugeben, das indirekt über die erhöhten Hallenmieten allen Vereinen weggenommen wird. Wir finden es aus GLP/PP-Sicht sehr wichtig, dass Sport für Jugendliche gefördert wird, denn das hat wirklich direkt mit Integration zu tun und es hat direkt mit der langfristigen Gesundheitsförderung zu tun. Deshalb werden wir dieser Erhöhung ganz sicher zustimmen. Die Teilung in 45'000 für

die einen und 20'000 für die anderen konnten wir in der Kommission diskutieren und wir finden das soweit auch okay und unterstützen das.

Was ich zum Votum der CVP noch sagen möchte: Es ging dort darum, den Vorwurf zu machen, dass wenn Handball kommt, schimpfen die einen und wenn Jugendförderung allgemein kommt, dann gibt man das Geld gleich wieder mit beiden Händen aus und so... Ich finde es schon noch wichtig, festzuhalten, dass es gerade beim Antrag der Handballer am Gemeinderat, an der Kommission vorbeiging. Es wurde einfach beschlossen. Hingegen dieser Antrag hier, der entweder von der SVP oder FDP kommt oder einfach von der BSKK, bei diesem Antrag konnten wir doch länger in der Kommission diskutieren, ob wir es gut finden, wir konnten die Zahlen vergleichen und wir sahen, dass in den Jahren, in denen Winterthur stark sparen musste, dort die Beiträge gekürzt wurden. Und deshalb macht es auch durchaus Sinn, dass wenn wir jetzt in ein Jahr gehen, in dem allenfalls ein bisschen übriges Geld vorhanden ist, dass man dort auch wieder etwas zurückgibt.

M. Trieb (SVP): Geschätzter Andreas, Du hast mich direkt angesprochen. Ich möchte nur schnell sagen wegen dem fehlenden «V»: Das ist die Vernunft beim Sport, die wir da walten lassen.

A. Geering (CVP/EDU): Mag sein, dass ich in der Hitze des Gefechtes vergessen habe zu sagen, dass wir formell den Antrag stellen, dass man dem Stadtratsantrag folgt und nicht den Änderungsantrag genehmigt. Das wäre in dem Sinn schon ein formeller Antrag, doch.

Stadtrat J. Altwegg: Als Sportminister müsste ich eigentlich riesig Freude haben an diesem verfrühten Weihnachtsgeschenk. Es ist aber so, dass wenn der Stadtrat miteinander ringt, wo man das Geld wie ausgibt, woher es kommt, wie viel hereinkommt, dann ist das ein möglichst ausgeglichenes Budget. Und das ist eigentlich das Ziel von dem, das wir Euch vorlegen, dass das ausgewogen ist. Wie Andreas Geering sagte, hat das auch über die verschiedenen Departemente ausgewogen zu sein. Von daher hält der Stadtrat an seinem Antrag fest. Andreas Geering, Sie haben noch gesagt, dass wir schauen sollen, ob wir über alle Departemente eine Zusammenstellung machen können, wie das mit diesen Zuwendungen ist. Wir würden diesen Vorschlag prüfen und schauen, ob wir dem im nächsten Jahr auf irgendeine Art und Weise nachkommen können.

Ratspräsident F. Landolt: Wir kommen zur Abstimmung. Wir haben einen Antrag um Erhöhung des Globalbudgets um Fr. 65'000, aufgeteilt in einen Beitrag Jugendsportförderung von Fr. 45'000 und Fr. 20'000 für das Projekt «Girls only», und wir haben den Stadtratsantrag. Wer dem Antrag der BSKK zustimmen möchte, über die Erhöhung, soll das bezeugen durch Handerheben.

Wer ihn ablehnt und dem Stadtrat folgen möchte, soll das ebenfalls bezeugen.

Damit haben Sie dieser Erhöhung mit deutlicher Mehrheit zugestimmt.

Wir sind mit dem Departement Schule und Sport durch. Damit haben Sie die Produktgruppen Volksschule, Einkauf und Logistik Winterthur, Sonderschulung, Familie und Betreuung, Berufsbildung und Sportamt fertig beraten und dem Budget mit diesen Modifikationen zugestimmt.

Dept. Soziales

Wir kommen zum Departement Soziales. Bei Sozial- und Erwachsenenhilfe habe ich die Frage an die SVP, ob sie den Antrag um Reduktion des Globalbudgets aufrechterhalten will.

S. Büchi (SVP): Jawohl, ja.

Ratspräsident F. Landolt: Wir haben die Situation, dass wir einen Kürzungsantrag haben. Wir haben natürlich den Stadtratsantrag und wir haben einen Antrag um Befristung dieser Stellen, die in der Sozial- und Erwachsenenhilfe erhöht werden sollen. Ich möchte die Befris-

tungen, es gibt zwei verschiedene Befristungsanträge von der CVP und von der GLP/PP, zuerst gegenüberstellen und klären, welche die obsiegende ist. Darf ich um die Begründung des CVP/EDU-Antrages bitten.

R. Lüchinger (CVP/EDU): Wir haben vor einiger Zeit für das Drehbuch einen Antrag gestellt. Diesen Antrag mussten wir aber aufgrund eines Verständnisfehlers noch ein bisschen ändern. Es betrifft nur die Zahl «11 Stellen», vorher schrieben wir 11.5 Stellen. Bei unserem Antrag geht es darum, dass wir im Rahmen der Falllast nur die 1. Tranche von 11 Stellen bewilligen möchten, und zwar befristet auf zwei Jahre. Im Verlauf der nächsten zwei Jahre verlangen wir ein Controlling zur Wirksamkeit des Stellenaufbaus.

Darauf möchte ich nun im Votum kommen. Darf ich das jetzt halten?

Die CVP/EDU-Fraktion ist nicht als einzige Fraktion der Meinung, dass sich das Departement Soziales mit seinem Begehren im Novemberbrief einmal mehr nicht ins gute Licht stellt. Kein Departement stockt seine Stellen jährlich so stark auf wie das Departement Soziales. Vor einem Jahr wurden bereits 15 Stellen bewilligt, wenn auch damals zum grossen Teil für die Asylfürsorge, aber auch z.T. für die Sozialberatung. Im Budget 2018 werden bereits 3.5 neue Stellen berücksichtigt, um die jährlich wachsende Zahl von Sozialhilfefällen auffangen zu können. Und jetzt sollen es gar 17.5 Stellen sein, die die Falllast verringern.

Wo ist da die Wirksamkeit von einem kontinuierlichen Stellenaufbau? Die Frage bleibt unbeantwortet. Das Departement Soziales ist für uns nach wie vor eine Blackbox. Wir fragen uns deshalb, wie sich da mehr Klarheit schaffen lässt. Ob die Falllast-Studie wissenschaftlich fundiert ist und die Statistiken realitätsnah sind, darüber kann man sich streiten. Die CVP/EDU-Fraktion bedauert jedenfalls, dass der Studienauftrag nicht darauf abgezielt hat, hohe Fallzahlen wie z.B. 90 oder 100 Fälle pro Mitarbeiter zu untersuchen und miteinander zu vergleichen. Der Entscheid für die Anzahl 75 ist dann auch eher über den Daumen hinweg gefällt worden. Der Wunsch nach Transparenz wurde mehrfach und an mehreren Orten genannt. Es soll nicht nur bei einem Wunsch bleiben. Weil wie bereits erwähnt die Wirksamkeit des Stellenaufbaus nicht erwiesen ist, muss der Prozess mit einem Controlling begleitet werden. Die CVP/EDU-Fraktion ist der Meinung, dass ein seriöses Controlling nötig ist, und die Resultate jährlich offengelegt werden müssen. Das Controlling soll glaubwürdig aufzeigen, dass durch mehr Mitarbeitende auch Fallablösung beschleunigt wird. Erst wenn das zutrifft, dürfen aus unserer Sicht weitere Stellen bewilligt werden.

Der Stadtrat nimmt im Novemberbrief die Budgetdebatte 2018 resp. das Budget 2019 vorweg und beantragt bereits heute die Genehmigung von insgesamt 17.5 Stellen, wenn auch in den im Novemberbrief erwähnten zwei Tranchen. Wir beantragen deshalb vorerst nur die Bewilligung der 1. Tranche und die Befristung auf zwei Jahre, weil das mit dem geltenden Personalstatut im Einklang steht. Die Befristung ist so einfacher zu gewähren und einzuhalten. Sollte der Stellenaufbau innert zwei Jahren nicht den gewünschten Falllast-Abbau bringen, hätte der Gemeinderat die Möglichkeit, den Hebel zu ziehen. Die CVP/EDU-Fraktion zeigt sich somit auch kompromissbereit. Wir schlagen die Türe nicht zu, aber wir lassen nur einen Teil durch. Wir verlangen im Verlauf der nächsten zwei Jahre endlich konkrete Zahlen und Fakten, bevor wir eine 2. Stellentranche bewilligen. Wir bitten deshalb den Gemeinderat, den Antrag der CVP/EDU-Fraktion zu unterstützen.

Ratspräsident F. Landolt: Besten Dank. Urs Glättli, die Begründung der Befristung aus Eurer Sicht bitte.

U. Glättli (GLP/PP): Die GLP/PP-Fraktion beantragt, die im Budget der Produktegruppe Sozial- und Erwachsenenhilfe enthaltene Stellenschaffung von 11 von insgesamt 17.5 Stellen auf 4 Jahre zu befristen. Mit diesen Stellen sollen die Ergebnisse vom Projekt Falllast-Studie umgesetzt werden. Es kann nicht sein, dass das Setting von einer Aufgabenerfüllung vollkommen verändert wird, ohne dem Parlament die Möglichkeit zu bieten, dieses Setting zu beeinflussen. Da werden 11 von total 17.5 Stellen auf Dauer über das Budget geschaffen. Geschaffen werden sie in der Annahme, dass damit die Aufwendungen reduziert werden können, die Aufgabenerfüllung also wirksamer ausgestaltet werden kann. Der bisher durchgeführte Versuch lässt unseres Erachtens diese Hoffnung zu. Die Falllast-Studie erscheint

uns plausibel. Es ist auch nichts anderes zu erwarten. Stehen deutlich mehr Ressourcen zur Verfügung, bleiben die Dossiers weniger lange liegen, die Klienten können schneller in ein geeignetes Setting zugeordnet und Fälle eingehender und wiederkehrend kontrolliert werden. Das muss Wirkung zeigen, schliesslich beschäftigt die Stadt geeignete und motivierte Mitarbeiter.

Wir müssen uns aber bewusst sein: Der Versuch wurde mit 3 Angestellten durchgeführt. Gestützt darauf und notabene über den Novemberbrief 11 von 17.5 Stellen zu schaffen, ohne dass dem Parlament eine Möglichkeit eingeräumt wird, den Stecker ziehen zu können – das wollen wir nicht. 17.5 Stellen sind nicht einfach gratis zu haben.

Auch wenn wir alle hoffen, dass die prognostizierte Wirkung eintreffen würde, braucht es die beantragte Befristung, und zwar von einer zweckmässigen Dauer. Sie ermöglicht dem Parlament, in 4 Jahren über die Wirksamkeit von dieser Stellenschaffung reduzierter Fall-Last Bilanz ziehen zu können. Und wir betonen das auch zuhanden des Protokolls und v.a. auch für die anwesenden Besucher und Medien: Notabene müssen die Stellen selber nicht befristet ausgeschrieben werden. Nein. Müssen die Stellen wieder abgebaut werden, weil die erhoffte Wirkung nicht eintritt und das Parlament in der Folge die Übung abrechnen würde, dann können diese Stellen sozialverträglich über die natürlichen Fluktuationen abgebaut werden. Niemand muss befürchten, bloss befristet angestellt oder von einem Jahr auf das andere entlassen zu werden.

Vergessen wir nicht anzumerken, dass bei Annahme unseres Antrages in vier Jahren eine Weisung des zuständigen Departements an das Parlament über die Wirkung und Zukunft dieser neu geschaffenen Stellen zu erwarten ist, ebenso eine transparente und regelmässige Information der SSK über die Auswirkungen dieses Stellenaufbaus anhand dafür bestimmter Indikatoren. Indikatoren übrigens, die erst noch näher justiert werden müssen. Das ist der letzte und nicht unwesentliche weitere Grund, weshalb diese Stellenschaffung durch das Parlament zu befristen bleibt. Geschätzte Anwesende, ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung.

Ratspräsident F. Landolt: Besten Dank. Damit alle Anträge auf dem Tisch liegen und berücksichtigt werden können, bitte ich Simon Büchi, den Kürzungsantrag auch zu stellen.

S. Büchi (SVP): Eine Befristung ist schon gut, aber noch besser ist es, wenn man die Stellen gar nicht erst gewährt. Ich erinnere an letzten Montag, wo in verschiedenen Eintretensvoten die gute Finanzlage der Stadt Winterthur erwähnt wurde. Offenbar mögen sich diese Leute nicht daran erinnern. Es ist erst ungefähr einen Monat her, als die Statistik der Städteinitiative herausgekommen ist. Winterthur hatte von allen Städten im ganzen Land das höchste Wachstum an Sozialhilfefällen in den letzten 15 Jahren. Ein gewisser Parteikollege von mir verglich diese Stadt einmal mit einem südeuropäischen Land, dass dem nicht mehr so sei, aber in diesem Bereich entwickeln wir uns tatsächlich Richtung Griechenland.

Die Kosten sind massiv gestiegen in den letzten 15 Jahren, die Anzahl Fälle ist gestiegen und der Personalbestand ist gestiegen im Sozialhilfebereich. Und jetzt liegt ein Vorschlag auf dem Tisch, der Vorschlag heisst, wir müssen noch mehr Leute anstellen, damit die Kosten sinken - das ist tatsächlich eine sozialdemokratische Logik, die nicht aufgeht, das ist Voodoo-Ökonomie. Irgendwie tönt es gut, aber wie es wirklich funktionieren sollte, weiss niemand so recht.

Die Falllast-Studie, die übrigens sicher seriös durchgeführt wurde, aber der Antrag... Wir haben ja nicht einmal eine Weisung zu diesem Geschäft, das wird als Budgetteil behandelt. Ein Budget, das jetzt im Novemberbrief noch nachgereicht wurde, husch-husch. Es wurde vorhin von Urs Glättli erwähnt, man müsse dann noch die Indikatoren justieren. Zu diesem Bereich haben wir gar keine Indikatoren, wir haben kein Monitoring, wir haben gar nichts. Das könne man dann vielleicht nächstes Jahr noch machen, Hauptsache, man hat einmal die Stellen, Hauptsache, wir nicken einfach mal das Geld ab. Das ist aus unserer Sicht nicht der richtige Weg.

Übrigens: Im jetzigen Budget hat es in diesem Bereich eine Stellenerhöhung drin ausserhalb dieser 11 Stellen, die da noch dazukommen. Unser Kürzungsantrag bezieht sich auf diese 11 Stellen, es gibt aber noch eine weitere Erhöhung von 3 Stellen, um die wachsende Anzahl Fälle, die im letzten Jahr bzw. in diesem Jahr kommen, abzudecken. Ja, wenn man dann

sowieso 3 neue Stellen aufbaut, wieso rentieren die dann eigentlich nicht, Nicolas Galladé? Ich habe diese Frage gestellt in der Kommission, klare Antworten gibt es nicht. Und wenn wir diese Studie dann doch noch genauer anschauen, wir können da keine wissenschaftliche Abhandlung machen, aber jeder, der diese Studie detailliert durchgelesen hat, hatte sehr viele Fragen. Und ich möchte doch noch einen Punkt daraus herausgreifen: Es sind da die ominösen Fr. 1'452, die wir in der SSK schon fast auswendig können, diese Zahl, das ist quasi der Gewinn im Sozialbereich, den man haben sollte, wenn man mehr Leute einstellt, die dann so gut arbeiten, dass es weniger Sozialhilfefälle gibt. Oder vereinfacht gesagt: Das Ganze wird noch komplizierter. Aber wie diese Zahl genau zustande kommt, wie sie sich zusammensetzt, diese Antwort steht in dieser Studie nicht. Da sind irgendwelche Parameter, irgendwelche Schätzungen im Hintergrund. Ich bezweifle nicht, dass diese Studie wissenschaftlich und bestmöglichst durchgeführt wurde, aber es gibt immer eine politische Komponente. Irgendjemand hat das hochgerechnet und irgendwie ist die Rechnung halt genauso herausgekommen, dass es sich am Schluss rentiert. Und selbstverständlich ist das der Wunsch des Sozialdepartements, und speziell von der Sozialhilfeabteilung. Natürlich sind die vielen Fälle eine Belastung für die Mitarbeiter, das ist sicher so. Und natürlich ist es der einfachste Weg, wenn man mehr Mitarbeiter hat, wenn man weniger Fälle hat pro Mitarbeiter ist es ein bisschen einfacher. Aber trotzdem: Die Studie wurde durchgeführt, die Mitarbeiter wussten, dass die Studie durchgeführt wird und sie wussten, dass es einige gibt, die bei dem Experiment mitmachen, die weniger Fälle haben – und dann gibt es alle anderen, die quasi im alten System arbeiten. Das ist eine selbsterfüllende Prophezeiung, sie wussten, dass wenn sie es ein bisschen richtig lenken, wenn sie es ein bisschen ausjustieren, dann kommt die Studie so heraus, dass die politische Botschaft heisst: Mehr Stellen führen zu tieferen Kosten. Dieser Zusammenhang hat noch nie funktioniert und wird auch in diesem Bereich nicht funktionieren.

Und natürlich kann man auch noch den Vergleich mit anderen Gemeinden machen. Es gibt Gemeinden, die eine wesentlich tiefere Fallbelastung haben, wo Mitarbeiter für weniger Fälle zuständig sind. Nur: Dieser Zusammenhang ist meistens ja so zustande gekommen, dass diese Gemeinden gut gearbeitet haben und die Sozialhilfefälle reduzieren konnten und haben deshalb natürlich eine geringere Fallbelastung. Und die Stadt Winterthur möchte den umgekehrten Weg gehen: Zuerst viele Leute anstellen und damit quasi künstlich eine tiefe Falllast auf dem Papier zustande bringen, das funktioniert so einfach nicht. Man kann diese Korrelation, die es gibt, eine tiefe Fallbelastung mit einer tiefen Sozialhilfequote, das wäre ja das Ziel, nicht mit einer künstlichen Kausalität quasi begründen, indem man sagt, man stellt einfach viele Leute an, damit eine tiefe Fallbelastung entsteht. Das ist Wunschdenken. Deshalb sagen wir, der einzige konsequente Schritt, den man da machen kann, ist diese Stellenaufstockung nicht zu gewähren.

Ratspräsident F. Landolt: Alle drei Anträge liegen nun auf dem Tisch. Silvana Näf, bitte.

S. Näf (SP): Die Studie, von der wir so viel gehört haben, empfiehlt eine Falllast von 75 pro Vollzeitstelle in der Langzeitbetreuung, weil eine intensivere Betreuung der Sozialhilfebeziehenden zu einer besseren Integration und zu tieferen Kosten führt. Das Ergebnis ist plausibel. Betreuen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter weniger Sozialhilfebeziehende, so können sie dank mehr zeitlichen Ressourcen mehr Gespräche führen, was die Erarbeitung von individuellen Lösungen begünstigt. So konnten gemäss der Studie insbesondere mehr zeitintensive Arbeitsintegrationsmassnahmen stattfinden. Im Moment ist die Stadt mit rund 145 Fällen pro Vollzeitstelle weit von diesem Ziel von 75 Fällen pro Vollzeitstelle entfernt. Neben den nachgewiesenen Einsparungen pro Fall und Jahr ist auch mit einer längerfristigen Wirkung auf die absoluten Fallzahlen durch eine erhöhte Ablösequote zu rechnen. Diese zusätzlichen Effekte konnten aufgrund der Studiendauer von 1.5 Jahren nur beschränkt erfasst werden und sind daher nicht in die Berechnungen miteingeflossen.

Auch aus Sicht der SP ist es nötig, dass ein Monitoring der Wirkung der Falllast-Reduktion stattfindet, auch um zusätzliche Effekte erfassen zu können, und auch damit der jetzt eingeschlagene Weg im Sinn einer kontinuierlichen Sachpolitik fortgesetzt wird. Ein solches Moni-

toring der Umsetzung ist vom Stadtrat vorgesehen, es wird die zuständige Kommission und den Gemeinderat regelmässig über die Ergebnisse informieren.

Was die Befristung auf zwei bzw. vier Jahre betrifft, wie sie von der CVP resp. der GLP beantragt wird, lehnen wir von der SP das ab. Der Gemeinderat muss bzw. kann jährlich über das Budget befinden. Sollte sich die Falllast von 75 Fällen pro Vollzeitstelle wider Erwarten nicht bewähren, so kann der Gemeinderat beim jährlichen Budget reagieren. Für die SP geht es nicht zuletzt darum, Sozialhilfebeziehenden möglichst gute Chancen dafür zu geben, sich von der Sozialhilfe ablösen zu können und sich wieder resp. vermehrt in den Arbeitsmarkt integrieren zu können.

Die bessere Begleitung der Sozialhilfebezügerinnen und -bezüger ist sowohl für die Finanzen unserer Stadt als auch für die Sozialhilfebeziehenden ein Gewinn. Deshalb hoffen wir sehr, dass dieser Antrag gemäss Novemberbrief heute durchkommt und der Ablehnungsantrag der SVP scheitert.

S. Müller (EVP/BDP): Wir als EVP/BDP-Fraktion unterstützen die Abnahme des Budgets der Produktgruppe Sozial- und Erwachsenenhilfe, und zwar inklusive die im Novemberbrief beantragten zusätzlichen 11 Stellen fürs 2018. Wir sind uns bewusst, Fr. 720'000 kann man nicht einfach auf die leichte Schulter nehmen, das ist ein Betrag. Aber wir sehen in dieser Falllaststudie (und die zweifeln wir eigentlich schon nicht an) Fakten, die darauf hinweisen, dass wir auf gutem Kurs sind. Diese Richtung stimmt aus unserer Sicht. Es ist unbestritten, einfach von ganz aussen betrachtet, dass wenn man mehr Leute hat, dass dann die Qualität der Arbeit steigt. Als kleines Beispiel am Rand: Ich habe in den letzten Wochen probiert, einen Sozialarbeiter zu erreichen wegen einem Fall. Ich habe knapp zwei Wochen gewartet auf eine Antwort per Telefon, man hat ca. 2 Stunden pro Woche Zeit, in dieser Phase muss man sie erwischen. Wenn das nicht klappt, zieht sich alles in die Länge per Mail... Zwei Wochen warten. Das einfach als Beispiel. Natürlich bin ich nicht der Wichtigste, das ist mir auch klar. Aber ich glaube, die Qualität steigt, wir sind dieser Meinung. Dass sich dies auch in Zahlen ausdrücken lässt, nämlich jährlichen Einsparungen von Fr. 1'452 pro Fall (diese Zahl kennen wir in der SSK wie gesagt langsam auswendig), das sind Fakten und wir glauben den Leuten, die an dieser Studie gearbeitet haben, dass das Hand und Fuss hat und nicht einfach nur aus den Fingern gesogen wurde.

Die Dauer des Experimentes war 18 Monate, mit Vorbereitungszeit etc. etwas mehr. Aber die effektive Zeitdauer war 18 Monate. Das ist eine kurze Zeit, da kann man nicht alles abdecken, denn es spiegelt sich nicht alles in dieser Studie. Deshalb ist auch zu erwarten, dass gerade z.B. bei IV-Fällen, die ganz lange Abklärungen haben, noch Leistungen weiterverrechnet werden lassen. Es dünkt uns offensichtlich, dass da noch bessere Resultate sichtbar werden, wenn diese Dauer länger ist von diesen tieferen Falllasten.

Und darum lehnen wir auch jegliche Anträge von Befristung ab. Ich möchte an dieser Stelle auch sagen: Ich bin vielleicht noch nicht lange in diesem Rat und in diesem «Business», aber ich habe kennengelernt, dass die SSK eine gute Truppe ist, das muss ich sagen. Dort haben wir mit Nicolas Galladé und seinem Team abgemacht, dass wir diese Indikatoren wirklich anschauen werden, dass wir das sehr bald machen wollen, um ein vernünftiges, effektives Monitoring zu schaffen, ein Controlling für diese Sache. Dort finden wir wirklich, das ist unterstützenswert – und nicht schon wieder befristen, damit wir dann wieder gleich weit sind wie jetzt auch, dass wir dann sagen: «Ja, der Effekt, das ist zu wenig.» Wir erwarten auch noch mehr Effekte und sind deshalb für diese Stellen und gegen die Anträge für eine Befristung.

D. Schneider (FDP): Wir sprechen da von Leute, von Menschen. Als FDPler kenne ich einige Sozialhilfebezüger aus meinem Umfeld, und das prägt natürlich auch ein bisschen. Die Befristung auf 2 Jahre ist eindeutig zu kurz, das geht gar nicht aus meiner Sicht, das Aufbauprozessverfahren des ganzen Projektes dauert ja so lange. Das lehnen wir ab, das ist einfach vom Prozess her unrealistisch.

Was wir einfach auch noch kritisieren da, dass die Stellen, das wurde erwähnt, erst mit dem Novemberbrief kamen. Das hat man in der SSK erklärt, das muss man einfach so zur Kenntnis nehmen, aber das war ein bisschen eine unschöne Sache. Die FDP nimmt auch zur Kenntnis, dass in dem Jahr 2018 netto Fr. 918'000 Einsparungen erarbeitet werden mit die-

ser Lohnsumme von Fr. 720'000, das gibt dann eine kleine Einsparung von Fr. 200'000. Wie man die Zahl genau ausrechnet, ist mir bis heute nicht so klar, da sind wir in intensiven mathematischen Verhandlungen mit dem Stadtrat. Nächstes Jahr bzw. 2019 sollen es 1.5 Mio. pro Jahr sein.

Wir unterstützen den Antrag auf Befristung von der GLP/PP-Fraktion. Natürlich kann man jedes Jahr über diese Stellen reden. Aber in dem ganzen Pulk von Budgetdebatten ist es etwas anderes, als wenn man da einfach einmal einen Wegmarker einbaut und sagt, in vier Jahren wollen wir nochmals über die Bücher gehen, wollen wir den Prozess, diese Weisung, in der SSK haben, und dann sauber entscheiden können.

Bei dem Monitoring ist es so eine Sache: Wir haben das im Parlament ein bisschen verschleppt. Im Budgetbuch p. 240 stehen seit Jahren 50 Fälle pro 100%-Stelle. Wenn der Stadtrat die parlamentarischen Vorgaben ernst nehmen würde, dann müsste er da ca. 30 Stellen beantragen, nicht nur 17. Und das ist ein bisschen ein Problem, das wir auch am Diskutieren sind: Was ist denn eine parlamentarische Zielvorgabe? Ist das eine Zielvorgabe, die das Parlament setzt und der Stadtrat setzt um? Wenn das 50 Fälle wären, dann müsste man viel mehr Stellen schaffen. Und dort müssen wir einhaken, damit einmal klar wird, was überhaupt eine parlamentarische Zielvorgabe ist. Ist es das, was das Parlament sagt, oder ist es irgendwie ein Wunsch oder ist es eine Ist-Aufnahme etc. Schon dort, über Jahre, seit ich im Rat bin, steht die Zahl 50 dort drin und diese 50 stimmten nie. Das zeugt ein bisschen davon, dass der ganze Führungsmechanismus gar nicht richtig läuft. Mit diesen Indikatoren, die wir festlegen müssen, müssen wir diesen ganzen Führungsmechanismus überhaupt erst einstellen. Das haben wir in der SSK andiskutiert und das wird ab dem Frühling ein Thema sein. Ich nehme das auch ein bisschen auf mich mit diesen 50 Fällen. Wir schauten jedes Jahr bei der Budgetbesprechung auf diese 50 Fälle, jeder sagte, dass das nicht stimmt usw., aber man ist einfach weitergegangen. Wir unterstützen die Befristung auf 4 Jahre.

Was wir an Informationen bekamen, die Fr. 1'450, das war wirklich verwirrend. Wir sind jetzt noch am hin- und herschieben, wie das denn genau gerechnet wird. Ich habe mittlerweile herausgefunden, dass das ca. eine 10%-Reduktion ist, die ein solcher Fall kosten sollte. Und da muss man noch Indikatoren einbauen, bei denen durchschnittlich Begabte wie ich auch nachkommen und etwas damit anfangen können.

Vielleicht noch eine letzte Bemerkung in Klammern zu diesem ganzen Thema: Die Sozialhilfequote von Winterthur, wir haben es gehört, ist hoch. Sie entspricht vielleicht 5%, wir haben ca. 5'000 Personen. Seco sagt, dass jede 5. Person, der wir in der Stadt begegnen, nicht in der Lage ist, den eigenen Lebensunterhalt zu decken. Jede 5. Person – das muss man sich einmal vorstellen. Da sind IV und alle Sozialwerke einberechnet. Ob sich der Trend von zunehmend nicht mehr integrierbaren Personen überhaupt drehen lässt, diese Frage ist offen. Unsere Gesellschaft entwickelt sich in eine Richtung, in der eine ganze Gruppe an wirtschaftlicher Bedeutung verliert. Der Trend läuft in diese Richtung. Und das ist auch ein Punkt in dieser ganzen Sache: Kann man diese Leute überhaupt integrieren? Gibt es überhaupt noch Jobs, in denen das möglich ist? Das ist ein wichtiger Fakt, deshalb werden wir sicher nicht das letzte Mal über dieses Problem diskutieren müssen. Immer weniger Leute können viel mehr machen, und da reden wir immer von Integration. Und wir wissen alle, wie schwierig das ist, diese Leute zu integrieren, und es wird immer schwieriger. Irgendwo geht das Ganze nicht auf. Ich bin froh, dass meine Kollegen von der FDP bei der nicht typisch bürgerlichen Stellung, die wir da einnehmen, auch mitmachen und sagen, wir machen jetzt einmal weiter mit dieser Integration. Ob es gelingt, hat mit der Gesellschaft, mit der Entwicklung etc. zu tun. Und wir werden wieder über die ganze Thematik sprechen müssen.

Wir werden jetzt «Ja» sagen zu dieser 4-Jahres-Befristung und werden in diesen 4 Jahren einiges zu tun haben mit diesen Indikatoren, mit diesen Steuerungen und den marktpolitischen Folgen.

R. Dürr (Grüne/AL): Die Falllast-Studie zeigt auf, dass man mit mehr Personal unter dem Strich Kosten sparen kann. Die wissenschaftlich durchgeführte Studie belegt, dass Sozialhilfebezügerinnen und -bezüger mit einer engeren Begleitung u.a. früher wieder in die Arbeitswelt integriert werden können. Das, weil Sozialarbeitende jeden Fall enger begleiten und auch kontrollieren können. Was mir auffällt: Wir sprechen bis jetzt immer nur von den Kosten

und von den Sozialhilfebezügerinnen und -bezüger. Das Personal geht da fast ein bisschen unter meiner Ansicht nach. Die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sind einem nicht zu unterschätzenden Druck ausgesetzt. Durch ständige Überlastung aufgrund von hohen Falllasten steigt auch die Fehlerquote und wir laufen in Gefahr, dass Schlüsselpositionen beim Personal aussteigen und krank werden. Die Folgen, die das nach sich zieht, erlebten wir dieses Jahr bereits bei der Polizei, wo wir einen Nachtragskredit im sechsstelligen Bereich gesprochen haben.

Warum die SVP dieser externen Studie und dem Vorschlag des Stadtrates im Novemberbrief nicht zustimmen kann, bei dem man eigentlich doch Kosten sparen könnte, ist mir ein Rätsel. Und dann noch eine Anmerkung von mir dazu: Sollte es dann wirklich so weit kommen, dass Personal aussteigt und man einen Nachtragskredit braucht, der kann noch so hoch sein - aber von Krankheit betroffenes Personal wird nicht schneller, wenn überhaupt, wieder gesund, nur weil man Geld spricht.

Und jetzt noch zur Befristung: Der Stadtrat Nicolas Galladé hat uns in der Kommission ein Monitoring zugesichert, ein regelmässiges Monitoring zuhanden der SSK und dem Gemeinderat. Die Möglichkeit zum Intervenieren ist bei der ordentlichen Budgetdebatte bei Personalsachen immer gegeben. Und, Simon Büchi, weshalb es keine Weisung gibt: Das hat uns der Stadtrat auch erklärt. Die Personalaufstockungen laufen nicht über eine Weisung, das läuft über das Budget, deshalb gibt es auch keine Weisung dazu.

Die Fraktion Grüne/AL stimmt dem Novemberbrief des Stadtrates zu.

M. Gross (SVP): Die Studie steht unter dem Motto «Wer nichts weiss, muss alles glauben». Die EVP sagte es vorhin richtig, die Zahlen in der Studie muss man einfach glauben, die sind nirgends belegt, v.a. die wichtigsten Zahlen sind nirgends nachvollziehbar belegt. Genau das ist unser Problem, das wir haben mit dieser Studie: Wir müssen einfach alles glauben, was uns da vorgelegt wird. Wir haben nachgefragt, es wird nicht begründet. Und aufgrund dessen sollen wir für Millionen wieder Stellen schaffen. Die Zahl von Fr. 1'452 steht in der Studie schön mit «ungefähr Fr. 1'452». Ungefähr wäre 1'500 oder 1'400, aber nicht Fr. 1'452. Diese Zahl ist auf 5 Zeilen erwähnt, mehr steht dazu nicht. Für mich ist das pseudowissenschaftlich, weil nicht nachvollziehbar. Das ist keine richtige Studie. Wieso kann man das nicht ordentlich mit einem Budgetantrag machen, vielleicht auf das nächste Jahr? Dass vielleicht 140 Fälle (und das ist die Spitze, von der wir sprechen, diese 142 Fälle) zu viel ist, das mag sein – aber wieso ist gerade 75 die richtige Zahl? Wieso schaffen wir nicht 50 Stellen oder 100 Stellen? Haben wir dann Einsparungen von Fr. 2'000, wenn wir 50 Stellen schaffen? Das ist alles nicht begründet, da muss viel mehr her, bevor man bei so etwas zustimmen kann.

D. Berger (Grüne/AL): Eine kleine Randbemerkung: Wie David Schneider sich gefragt hat, was eine parlamentarische Zielvorgabe ist, frage ich mich heute wieder, was eigentlich eine parlamentarische Kompetenz ist. Wir hatten vorhin einen Antrag der SVP zur msw, bei dem einfach gesagt wurde, das sei eine Willensäusserung, aber wir stimmen nicht darüber ab, weil es Punkte betrifft, die im Informationsteil sind und nicht im Beschlussteil. Und wieso stimmen wir jetzt über die Anträge der CVP und GLP ab, die ja den Stellenplan betreffen, der meines Wissens auch im Informationsteil ist. Ich sehe da irgendwie die rote Linie nicht oder vielleicht brauche ich auch wieder mal einen WoV-Kurs, aber für mich macht das Ganze irgendwie gar keinen Sinn, es ist ein bisschen beliebig, über was wir abstimmen und über was nicht.

K. Cometta (GLP/PP): Ich finde „Voodoo-Ökonomie“ einen wunderbaren Begriff, nur hier relativ unpassend, denn es geht nicht um Voodoo, sondern um gesunden Menschenverstand. Wenn Sozialarbeitende zu wenig Zeit haben für ihre Klienten, dann gibt es einfach „Scheck und weg“. Wenn sie Zeit haben, dann können sie mit die Sozialhilfebeziehenden betreuen, sie können sie beraten und sie können sie auch kontrollieren, das ist ja Euch auch wichtig, dass man auch herausfinden kann, ob vielleicht jemand noch einer Schwarzarbeit nachgehen könnte oder vielleicht irgendwo eine Chance hätte auf dem Arbeitsmarkt. Es kam in der Studie klar heraus, und es ist auch sehr gut nachvollziehbar, dass man die Ablösequote erhöhen kann mit einer tieferen Falllast. Sei das im besten Fall, dass man diese Leute in den Arbeits-

markt bringt, sei das im zweit- oder drittbesten Fall, dass man sie einem anderen Kässeli wie z.B. der IV, das wurde auch schon erwähnt, anhängen kann. Das ist für die betroffenen Leute vielleicht nicht ganz so wichtig, ob das Winterthurer Steuergeld ist oder IV-Geld, aber für die Winterthurer Stadtkasse ist das wichtig.

Es ist klar, die Fr. 1'452 – ob jetzt ein Franken mehr oder weniger - ist je nach Annahme und nach Studiendesign unterschiedlich. Auch ob es nun genau 75 Fälle sind, ist mehr oder weniger. Es ist aber nicht ganz zufällig, es begründet sich indirekt aus der Büro BASS-Studie und auch mit dem Gemeindevergleich von anderen Gemeinden. Wichtig für uns ist, dass wir nicht über die Studien diskutieren, darüber kann man immer stundenlang diskutieren, das ist etwas Alltägliches in der Politik, dass man als erstes die Glaubwürdigkeit der Studie anzweifelt, wenn einem die Aussage dieser Studie nicht ganz passt. Das dürft Ihr selbstverständlich machen. Aber wir, wir gehen einen Schritt weiter. Wir sagen, jetzt ist es an der Zeit für einen Tatbeweis, lieber Nicolas Galladé. Wir glauben das jetzt mal, die Studie ist plausibel für uns, aber wir wollen eine 4-Jahres-Befristung, wir wollen ein sauberes Monitoring, damit wir in 4 Jahren schauen und überprüfen können, ob die erhoffte Wirkung wirklich auch so eintritt. Es stimmt schon, wir können schon im Rahmen des Budgets wieder Stellen streichen, aber ich möchte dann nicht wissen, wie es tönen würde von hier drüben. Alle die, die jetzt auf den Budgetprozess verweisen, wären dann wahrscheinlich not very amused. Mit dieser Befristung wollen wir primär einfach einen sauberen Prozess, wir wollen von Anfang an klare Regeln schaffen. Wir wollen auch, dass wirklich von Anfang an ein gutes Monitoring aufgezogen wird, dass Indikatoren definiert werden und in dem Sinn ist der Beschluss heute Abend, wenn er so gefällt wird, primär sehr viel Arbeit für das Departement und die SSK.

D. Oswald (SVP): Ich glaube schon, dass es relevant ist, wenn man jetzt diese Studie da auch diskutiert. Schlussendlich bildet diese Studie die Entscheidungsgrundlage. Wie mein Vorredner meiner Fraktion sagte, sind die Zahlen, die dort drin stehen, nicht erklärt und von aussen nicht nachvollziehbar. Die Schlussfolgerung ist, dass wir keine saubere Entscheidungsgrundlage haben, um Entscheide zu treffen. Mich wundert es, dass ein Stadtrat aufgrund einer schlicht nicht sauber existierenden Entscheidungsgrundlage einen solchen Entscheid treffen kann und sofort mehr Geld ausgeben will. Das ist nicht professionell und so etwas muss man ablehnen.

Stadtrat N. Galladé: Es ist anspruchsvoll, sowohl die Thematik, die wir da behandeln, an der wir schon länger dran sind, wie auch die Studie und auch durchaus die Breite all dieser Voten. Ich versuche ein bisschen, vom Wesentlichen ins auch, aber wesentlich weniger Wesentliche zu gehen und dann noch die eine oder andere Nebelpetarde ein bisschen aufzulösen. Das Wichtigste vorweg: Ich stelle fest, dass die Mehrheit des Gemeinderates der Einschätzung des Stadtrates folgt und sagt, doch, man muss in diese Richtung gehen. Das ist glaube ich eine Richtung, in die wir schon länger (auch miteinander) den Weg gegangen sind. Ich möchte Sie daran erinnern, dass die Mehrheit des Gemeinderates uns überhaupt die Mittel gesprochen hat, damit wir diese Studie machen können. Die SVP nicht, von daher ist die Haltung heute auch konsequent in diesem Sinn: Wo man nie dabei war, möchte man auch nicht wahrhaben, wie das Resultat ist, das dabei herauskommt.

Auf der anderen Seite nehmen wir auch zur Kenntnis, dass der Gemeinderat wissen möchte, dass wir das weiterbegleiten, dass wir das weiter monitoren. Und auch das deckt sich mit den stadträtlichen Absichten. Wir machten keine separate Weisung, weil eben letztlich die Stellen in einem Budgetprozess (gemäss Kompetenzreglement und -verantwortung) auch zu gewährleisten sind. Wir haben aber der Kommission auch den Stadtratsbeschluss ausgehändigt, das hat für mich in etwa die Qualität einer Gemeinderatsweisung in der zusammengefassten Form des Wesentlichen. Das lag in der Kommission vor und wir haben auch Studien ausgewertet.

Was ich sagen kann (und das haben wir auch schon in der Kommission gesagt), dass wir das Monitoring, über das wir im Stadtratsbeschluss – schon bevor wir in die Kommission gingen – sagten, dass es wichtig für den Stadtrat ist, dass man ein Monitoring hat zu den weiteren Entwicklungen. Es ist selbstverständlich, dass man das auch dem Gemeinderat, der SSK, regelmässig zukommen lässt, auch den Einbezug gewährleisten bei der Erarbeitung und –

das ist ganz wichtig und das haben wir auch von Anfang an eingebracht in der Kommission – dass man jetzt im Frühling die parlamentarischen Zielvorgaben, die Indikatoren, miteinander erarbeitet, wie man es in der SSK mit verschiedenen Produktgruppen in einem guten Prozess auch schon gemacht hat. Es ist also nicht so, dass es diese Indikatoren, wie Herr Büchi sagt, nicht gibt. Diese gibt es, Herr Schneider hat das erwähnt. Man hat diese einfach nicht befolgt. Das ist vielleicht einmal eine Feststellung. Dadurch gibt es natürlich auch das relativ grosse Delta. Wenn man diesen neusten Erkenntnissen in Ressourcen und in Stellen auch Nachachtung verschaffen möchte, dann hat man sich natürlich durch langjährige Nicht-Gewährung von Stellen (oder nicht in ausreichendem Mass), weil ja auch ein die Fälle gewachsen sind, ein relativ grosses Delta geschaffen, das man jetzt mit diesem Antrag – jetzt im Budget und in Aussicht gestellt bereits im IAFP 2019 – dann eigentlich ausgleicht gemäss den Empfehlungen dieser Studie.

Was ich auch dazu sagen kann: Die Studie zeigt, dass es eine gewisse Zeit braucht, um weitere, längerfristige Wirkungen zu erkennen, die jetzt in den 18 Monaten nicht drin waren, die aber in der Regel positivere Wirkungen sein werden (z.B. Ablöse, da haben wir einen kürzeren Median als die 18 Monate Versuchszeit waren, aber auch wenn es darum geht, mit vorgelagerten Systemen wie Sozialversicherung etc. Ablösungen zu finden, wenn Leute Anspruch haben). Diese Mühlen mahlen relativ langsam. Das sind weitere Effekte, die man da nicht einberechnet hat, bei denen man aber davon ausgeht, dass sie dazukommen könnten. Wir werden, wenn der Aufbau wie beantragt erfolgt, nach rund zwei Jahren in Vollbetrieb dann auch einen Bericht machen können, den wir auch zuhanden des Gemeinderates geben würden, dass den die SSK und der Gemeinderat beraten können, und zwar im Jahr 2021. Also quasi bevor man das Budget 2022 behandeln würde, dann kann man eigentlich ganz frei nach diesen 4 Jahren, für die der GLP-Antrag da ist wegen der Befristung, auf 2022 hin – in Kenntnis von diesem Monitoring, dieses Berichtes - auf den Voranschlag 2022 ohnehin frei entscheiden. Von daher kann ich den GLP/PP-Antrag gut nachvollziehen. Er ist aber insofern nicht zwingend nötig, weil Sie dann, in Kenntnis dieses Monitoringberichtes, auf den Voranschlag 2022 ohnehin frei entscheiden können. Das ist, glaube ich, einfach wichtig an dieser Stelle, das haben wir auch schon in der Kommission gesagt, aber dass das auch schon zuhanden des Protokolls vorgemerkt ist und dass da eigentlich der Stadtrat die gleiche Zielrichtung verfolgt wie die Mehrheit des Gemeinderates.

Das zu den wesentlichsten Punkten.

Vielleicht einfach noch zu 2-3 Aussagen, die dann auch noch so gefallen sind in dem Ganzen, ohne Anspruch auf Vollständigkeit selbstverständlich. Was bereits gesagt wurde: Man hätte keine Indikatoren. Ja, man hat diese Indikatoren natürlich, aber es macht durchaus Sinn, dass man sie mit neuen Erkenntnissen überarbeitet. Das sagten wir auch in vergangenen Jahren in der SSK auf Feststellungen, wie Herr Schneider sie erwähnte: „Ja, das machen wir, aber am besten in Kenntnis dieser Studie“, nicht dass man einfach vorher irgendetwas macht. Von daher ist es eigentlich ein transparenter Prozess, den man auch schon lange in dem Sinn in Aussicht gestellt hat.

Wenn es „mehrstimmig“ aus der SVP-Fraktion heisst (mehrstimmig heisst nicht unbedingt richtiger), die Zahl Fr. 1'452 ist nicht nachvollziehbar oder sie ist nur auf 3 Zeilen. Offenbar hat Herr Gross immerhin die Zusammenfassung gelesen, die Studie ist ein bisschen länger als die zwei Seiten Zusammenfassung. Sie werden auf zwei Seiten die Fr. 1'452 doch auf eine Art erläutert sehen, die sagt, es gibt quasi ein Netto, das zeichnet sich aus zwei Bruttobeständen pro Monat. Das auf das Jahr multipliziert gibt dann die Fr. 1'452. Es gibt auch qualitative Aussagen, dass 2/3 dieser Verbesserungen bei dieser Experimentalgruppe durch Mehreinkünfte im ersten Arbeitsmarkt da sind. Das hat man versucht mit Balkendiagrammen, die natürlich auch für mich eingängiger sind, darzustellen. Es gibt durchaus Plausibilitäten, Nachvollziehbarkeiten, wie man zu dieser Zahl kommt.

Dann hatten wir noch die Aussage von Herrn Büchi, man habe ihm nicht sagen können, weshalb sich diese 3 Stellen, die schon vorher eingestellt wurden mit dem Budget, wieso diese nicht im gleichen Mass rentieren. Diese 3 Stellen gleichen quasi das Fallwachstum aus, um weiterhin die Fallbelastung konstant zu halten. Den Mehrwert, den wir mit dieser Differenz machen, die findet man heraus bei einer Fallbelastung von 75, die die Experimentalgruppe hatte versus der Fallbelastung bedeutend mehr. Von daher war das einfach der Nachvollzug,

bei dem man sagte, wenn man das hohe Niveau halten will, damit es nicht noch schwieriger wird, stellt man drei ordentliche Stellen ein im Budget. Wir sagten schon damals, wir wollen das nochmals vertieft anschauen und die Wirksamkeitsrechnung machen und kommen dann im Novemberbrief. Wir haben aber einige Stunden investiert, wir haben eigentlich auch alle Fragen beantwortet, die gefallen sind in der Zusammenarbeit mit der Kommission.

Wir hatten noch die Aussage von Herrn Schneider, wie die Fr. 200'000, die man netto verbessert, nachvollziehbar seien. Diese sind schon nachvollzieh- und erklärbar. Den Stellenaufbau, auch die 11 Stellen im nächsten Jahr, würde man schrittweise aufbauen, gestaffelt. Und somit würde auch die Wirkung gestaffelt erfolgen und selbstverständlich mit einer gewissen Verzögerung. Es wird nicht vom ersten Tag an hereingespielt, das war dann eigentlich die Übungsanlage der Berechnung. Wir haben am 31.3. x von diesen 11 angestellt, am 30.6. weitere x davon angestellt, und bei diesen wird dann 30-60 Tage später auch die Wirkung einsetzen. Das ist von daher eine Annäherung, die meines Erachtens schon nachvollziehbar ist, die wir aber wohl tatsächlich nicht breit ausgeführt haben. Ich glaube, das wurde aber auch nicht vertieft nachgefragt.

Dann noch zu Frau Lüchinger. Sie sagen, das DSO sei eine Blackbox. Parteipolitisch stimmt dann ja immerhin die Farbe, wenn das Schwarz wäre aus Ihrer Sicht. Ich muss aber schon sagen: Es geht nicht um das DSO und auch nicht um meine Wenigkeit, sondern es ist ein stadträtlicher Antrag und es ist ein Prozess, an dem wir schon länger dran sind. Mir ist aber auch bewusst, dass sich die CVP-Fraktion im Gemeinderat aus verschiedenen Gründen (Rücktritten, Fahnenflucht in der 2. Legislaturhälfte) sozusagen substituiert hat und von daher vielleicht auch nicht mehr das ganze Know-how, die ganze Geschichte, vorhanden ist. Wir hatten am Anfang einen Antrag, ein Postulat, von Seiten GLP und SVP, vom ganzen Rat unterstützt und von uns entgegengenommen, man solle eine externe Studie machen. Das ist der Bericht Büro BASS. Den würde ich der CVP-Fraktion einmal ganz empfehlen, ich würde ihn natürlich auch in gebundener Ausgabe schenken für unter den Christbaum, um ihn über die Festtage zu lesen. Dieser gab verschiedene Empfehlungen ab, das war im Januar 2016. Der Stadtrat hat den Bericht im Rahmen einer Postulatsantwort zur Kenntnis genommen und erachtete diese Empfehlungen als plausibel und eine Prioritätenordnung hergestellt. Eine der obersten Prioritäten war die Studie, die man da hat. Der Stadtrat sagte aber, dass er diese Studie abwartet, damit wir dann wirklich die Wirksamkeit haben. Also wenn Sie sagen „Wo ist die Wirksamkeit?“ – man sagte in einer ersten Übungsanlage quasi, wir wollen die Wirksamkeit einer tieferen Falllast wirklich einmal wissenschaftlich begleitet berechnen. Zweitens gab es verschiedene Empfehlungen im Rahmen von Referenzzinssatz, Mietbereich, aber auch bei den Zusatzleistungen, Fachstelle Junge Erwachsene etc., die auch empfohlen wurden. Dort sagte man, das sind plausible Sachen, die eigentlich nahe sind, diese haben wir letztes Jahr mit dem Voranschlag so beantragt, ganz transparent. Man sagte, diese Kästchen beantragt man jetzt mit dem Voranschlag 2017, dafür hat der Gemeinderat auch mehrheitlich diese Stellen gesprochen. Diese haben teilweise auch schon Wirksamkeit erzielt (Referenzzinssatz konnte nachgewiesen werden, dass wir bereits eine Wirksamkeit erzielen auf diese und v.a. auch auf nächstes Jahr). Wir sagten, wir kommen dann mit der Hauptempfehlung aus operativer Sicht, mit dieser Falllast-Studie, wenn diese vorliegt. Das ist jetzt der Fall. Also wir schaffen nicht einfach Stellen um des Stellenschaffens willen oder aus dem Blauen heraus oder weil wir Lust haben auf breitere Führungsstrukturen, sondern weil wir, der Stadtrat, konsequent (und das wurde eigentlich auch im Parlament so besprochen) Schritt für Schritt und geplant vorgeht. Das ist das, was Herr Wäckerlin letzte Woche beim Eintretensvotum antönte (er war teilweise auch ein Kritiker in diesen Bereichen, wir sind immer auf konstruktive Kritik angewiesen und auch dankbar dafür), dass er das Gefühl habe, man hätte einen Plan, wohin es geht. Und das ist jetzt der Plan und das ist ein Teil dieses Plans, dem wir jetzt folgen würden.

In diesem Sinne glaube ich: Ich kann zusichern, was man zusichern kann. Der CVP-Antrag macht in sich einfach ein bisschen wenig Sinn, denn die Wirksamkeit kann man erst überprüfen, wenn man quasi den Vollausbau erlangt hat. Wenn man auf halbem Weg zur Wirksamkeit sagt, jetzt schauen wir, ob es wirkt, dann hat das ein bisschen eine Unlogik im System drin.

Mit dem Antrag der GLP kann man leben – durchaus aber auch ohne. Denn eigentlich, wenn wir im Jahr 2021 das Monitoring so vorlegen, können Sie ganz frei auf das Jahr 2022 entscheiden, wie viele Mittel Sie sprechen. Mir ist es klar, dass man vor Weihnachten nicht gross applaudieren wird all denen, die das gemacht haben und die noch viel damit zu tun haben werden oder auch dem Gesamtstadtrat – mir genügt es schon, wenn Sie zustimmen.

Ratspräsident F. Landolt: Wir kommen zur Abstimmung. Wie angekündigt habe, möchte ich zuerst den Antrag der Fraktion CVP/EDU gegenüber dem Antrag Fraktion GLP/PP auf zwei resp. vier Jahre Befristung abstimmen lassen.

Wer dem Antrag der Fraktion CVP/EDU auf eine Befristung auf zwei Jahre zustimmen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben.

Wer dem Antrag der GLP/PP zustimmen möchte, soll das ebenfalls bezeugen durch Handerheben.

Damit haben Sie mit überragendem Mehr einer 4-Jahres-Befristung zugestimmt.

Jetzt möchte ich diesen Sieger, also die Befristung auf 4 Jahre, dem Kürzungsantrag der SVP gegenüberstellen.

Wer dem Antrag der SVP um eine Reduktion des Globalkredites um Fr. 720'000 zustimmen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben.

Wer dem Antrag der GLP/PP zustimmen möchte für die Befristung, soll das bezeugen durch Handerheben.

Damit haben Sie nochmals dem GLP/PP-Antrag zugestimmt.

Ich stelle nun diesen Antrag dem stadträtlichen Antrag gegenüber.

Wer dem GLP/PP-Antrag für eine Befristung zustimmen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben. Auszählen bitte.

Das Gegenmehr bitte.

Damit haben Sie dem Antrag um Befristung auf 4 Jahre von neu zu schaffenden Stellen zur Reduktion der Falllast mit 33:25 Stimmen zugestimmt.

Wir kommen zur Individuellen Unterstützung. Es gibt zwei Anträge der SVP, einerseits um eine Erhöhung des Globalkredites und dann für eine Reduktion. Simon Büchi bitte.

S. Büchi (SVP): Den ersten Antrag um Erhöhung des Globalkredites habe ich gar nicht gestellt. Er geriet quasi automatisch ins Drehbuch, weil er einen Zusammenhang hat mit dem Kürzungsantrag, den wir da jetzt besprochen haben. Der ist zurückgezogen.

Ratspräsident F. Landolt: Der 2. Antrag für eine Reduktion, wird dieser aufrechterhalten?

S. Büchi (SVP): Ja. Es braucht ziemlich Disziplin, dass ich nicht noch Antwort gebe auf das, was Stadtrat Nicolas Galladé vorhin sagte, aber wir haben es ja nun abgeschlossen.

Kommen wir zu diesem Antrag: Asylfürsorge. Es gibt viele Anträge und man hat immer das Gefühl, der eigene Antrag sei am Wichtigsten. Aber bei diesem stimmt das auch wirklich, da geht es wirklich auch um die Einhaltung von demokratischen Entscheiden.

Es ist noch nicht einmal drei Monate her. Am 24. September hat der Kanton Zürich über die Änderung des Sozialhilfegesetzes abgestimmt, dass es eine Kürzung gibt für die vorläufig Aufgenommenen. In Folge dieser Abstimmung kam im Novemberbrief der Antrag um 1.28 Mio. Erhöhung des Globalkredites, damit quasi die Stadt Winterthur die Kosten selber trägt, die vorher der Kanton zahlte.

Das können wir schon machen. Aber der Entscheid des Stimmvolkes, übrigens auch in der Stadt Winterthur, war so klar. Man wollte diese Kürzung. Natürlich kann die Gemeinde sagen, man will das Geld selber zahlen. Aber es ist durchaus ein gewaltiger Affront und im gewissen Sinn wider den Volkswillen. Es war eine kantonale Abstimmung. Die Stadt Winterthur hat dieser Änderung auch zugestimmt. Nur als Beispiel: Der Kreis Seen hat mit 2/3 Mehrheit dieser Sozialhilfegesetz-Änderung zugestimmt. Und für diese Mehrheit ist es ein Affront. Kein einziger Stimmbürger sagte: «Ich stimme dem Gesetz zu, damit die Stadt dann selber dieses Geld zahlen soll.» Jeder von denen, die zugestimmt haben, sagte, dass er will, dass die vorläufig Aufgenommenen entsprechende Kürzungen haben. Es geht da um Gerechtigkeitsge-

danken, dass diejenigen, die richtig aufgenommen sind, unterstützt werden, die vorläufig aufgenommenen nicht. Und diesen demokratischen Entscheidung sollte man respektieren.

Es ist auch nicht so, dass alle Gemeinden im Kanton Zürich nun einfach eine kurzfristige Budgeterhöhung haben, um die ausgefallenen Kosten wieder zu kompensieren. Das ist v.a. dort, wo man eine sozialdemokratische Führung hat. Und von daher stellen wir den Antrag, die im Novemberbrief beantragte Erhöhung von 1.28 Mio. entsprechend zu kürzen d.h. nicht zu gewähren, und damit den Volkswillen zu respektieren.

R. Dürr (Grüne/AL): In der Abstimmungszeitung im September stand auf p. 22 unter der Rubrik «Meinungen der Minderheiten des Kantonsrates», dass es für die Gemeinden teuer werden wird, wenn die Abstimmung angenommen wird. Ebenfalls wurde darauf hingewiesen, dass die Gemeinden die bisherigen Integrationsangebote unter Umständen reduzieren müssten, wenn die kantonale Unterstützung wegfällt. Ohne die nötige Unterstützung aber ist die berufliche und gesellschaftliche Integration von Flüchtlingen mit dem Status F gefährdet, d.h. sie würden zu Langzeit-Sozialhilfebezüglerinnen und -bezügler. Und dann können wir nachher wieder zurück und über die Diskussion Falllast weiterfahren, ob es Stellen, ob es Geld braucht.

Fr. 1.28 Mio. für die Unterbringung und die Integration sind im Budget veranschlagt. Was habt Ihr Euch denn vorgestellt, was mit diesen Menschen passiert, wenn man diese Leistungen jetzt einfach streicht? Sollen sie verhungern, sollen sie frieren, soll man die Kriminalität fördern, sollen sie zu stehlen beginnen, damit man nachher wieder sagen kann «Typisch die»? Der Antrag der SVP ist eigentlich genauso unsympathisch wie die ganze Abstimmungsvorlage war. Die Fraktion Grüne/AL lehnt diesen Antrag ab.

S. Näf (SP): Aufgrund der Ergebnisse dieser Abstimmung vom September entstehen in Winterthur Mehrkosten für die Integration von vorläufig aufgenommenen Menschen. Es war bereits vor dieser Abstimmung Thema, dass diese Vorlage für die Gemeinden zu Mehrkosten führen wird, weil die Integrations- und Unterbringungsleistungen der Gemeinden nicht mehr kostendeckend entschädigt werden. In den Abstimmungsunterlagen des Kantons wurde zur Vorlage dann auch u.a. ausgeführt: «Den Gemeinden würden aber zusätzliche Kosten durch Integration entstehen, die künftig nicht mehr über den Kanton rückerstattet werden könnten.» Die Stimmenden waren also informiert über die Folgen dieser Abstimmung, über die wir heute diskutieren.

Wir haben das Thema für die Kosten für die Gemeinden auch hier im Rat diskutiert, als wir über das Gemeindereferendum gegen die kantonale Vorlage entschieden. Bei den vorläufig aufgenommenen Personen handelt es sich oft um Kriegsflüchtlinge, die dauerhaft bei uns bleiben. Das Leben dieser Menschen wird im nächsten Jahr massiv erschwert, weil sie nur noch Asylfürsorge erhalten. Unsere Aufgabe als Gemeinde ist es, uns dafür einzusetzen, dass wenigstens die Integrationsmassnahmen fortgeführt werden können. Deutsch- oder Integrationskurse und berufliche Qualifizierungsprogramme leisten einen wichtigen Beitrag zu einem guten und zufriedenen Zusammenleben da in der Stadt Winterthur. Eine gescheiterte Integration kommt uns finanziell und gesellschaftlich deutlich teurer zu stehen.

Die SP setzt sich für eine solidarische Stadt ein und lehnt diesen Kürzungsantrag entschieden ab.

D. Schneider (FDP): Die FDP unterstützt die Reduktion des Globalbudgets um 1.28 Mio. Simon sagte es: Es war ein Gemeindereferendum, bei dem wir mitmachen – es ist leider nicht gekommen – und bei diesem Votum geht es uns nicht primär um die betroffenen Asylbewerber, sondern es geht uns um eine Message an den Kanton und an den Stadtrat, den Druck aufrechtzuerhalten. Wie es dann 2018 herauskommt, wie die Stadt uns sagen wird, wie man da umgehen musste unter Berücksichtigung aller gesetzlichen Vorgaben, das weiss ich nicht. Ich ahne es.

Aber wir machen dieses Statement auch, um konsequent zu sein. Wir haben das unterstützt, wir fanden, dass das nicht geht – und wir finden nach wie vor, dass das nicht geht.

S. Müller (EVP/BDP): Wenn wir diesen Antrag heute annehmen würden, bleibt es sowieso so, dass die vorläufig Aufgenommenen in diesen Wohnsiedlungen wohnen bleiben, wo sie jetzt sind. Wo wollen wir denn sonst sparen, wenn wir diesen Betrag nicht haben, wenn dieser nicht gedeckt ist? Das ist bei den Integrationskosten. Und dort sprechen für uns als BDP/EVP-Fraktion zwei Sachen dagegen, dass wir das machen: Einerseits, das wurde schon erwähnt, die längerfristigen Kosten sind sicher viel höher. Jemand mit schlechten Deutschkenntnissen wird es einfach schwieriger haben, sich auch wirklich integrieren zu können. Es ist uns aber auch klar, dass die Hauptverantwortung der Integration beim vorläufig Aufgenommenen selber liegt, die kann niemand von uns übernehmen, die liegt beim Betroffenen selber. Aber wir wollen dafür arbeiten, dass es gute Angebote gibt. Und an diesem Punkt der zweite Grund: Wenn man auf die Benevol-Seite geht, dann sieht man dort, wie viele Private sehr viel machen, um gute Angebote zu schaffen, um diesem Bedürfnis entgegenzukommen, dass die vorläufig Aufgenommenen etwas unternehmen können für ihre Integration. Jetzt noch einmal mehr zu sagen, die Privaten sollen das machen, wir halten die Hände raus – das finde ich ein bisschen eine Ohrfeige für alle diejenigen, die sich sehr engagieren in diesem Bereich und für gute Angebote sorgen in der Stadt Winterthur. Wir sind auch deshalb dieser Meinung, weil uns sonst längerfristig, wie gesagt, diese Leute viel mehr kosten.

R. Lüchinger (CVP/EDU): Dass Mehrkosten aufgrund des kantonsrätlichen Entscheides und der kantonalen Abstimmung auf uns zukommen, das war zu erwarten. Der Betrag ist aber doch fast schwindelerregend hoch. Da drin sind v.a. die Kosten für die Integration enthalten. Die Antwort auf die dringliche Interpellation im Gemeinderat war für uns alle nicht sehr aufschlussreich. Auch in der Kommission hätten wir erwartet, dass uns die Kostenzusammensetzungen doch noch detaillierter aufgezeigt worden wären.

Man sieht aus den Voten: Sie sind unterschiedlich, der Durchblick fehlt dem Gemeinderat irgendwie. Und das lässt doch aufhorchen.

Der Kanton Bern hat Anfang Monat einen rigorosen Entscheid getroffen und den Grundbedarf um 8% gesenkt. «Kommt jetzt der Sozialhilfe-Kahlschlag?» so hat die Boulevardpresse das Vorgehen von Bern kommentiert. Die CVP/EDU-Fraktion ist aber der Meinung, dass mit einem Kahlschlag oder im vorliegenden Fall mit der Nicht-Bewilligung des Finanzierungskredites für die Integration dieser vorläufig aufgenommenen Ausländer niemandem geholfen ist. Wir möchten nicht, dass das Beispiel vom Kanton Bern Schule macht.

Trotzdem tut der Stadtrat gut daran, die Aktivitäten in anderen Kantonen zu beobachten. Bei dieser Frage ist ein konstruktiver Austausch zwischen den Kantonen und den Städten vonnöten. Es sollte aus unserer Sicht sogar eine Harmonisierung in der Frage der Finanzierung von vorläufig aufgenommenen Ausländern angestrebt werden. Alleine ist das Problem immer weniger zu lösen.

Wir finden, dass eine Reduktion vom Kredit, den der Stadtrat beantragt, die gesellschaftliche, sprachliche und berufliche Integration erschwert. Das könnte leicht zu Unzufriedenheit und steigender Kriminalität führen. Eine gelingende Integration aber kann nach wie vor ein Garant sein für ein friedliches Miteinander. Aus dem Grund lehnt die CVP/EDU-Fraktion den Antrag der SVP ab. Wir genehmigen den Antrag des Stadtrates und hoffen aber sehr, dass der Stadtrat Dienstleistungen günstiger erbringen kann und versucht, weniger auszugeben.

Stadtrat N. Galladé: Man kann das ganz sachlich und nüchtern diskutieren. Wir haben uns in dem Abstimmungskampf eingesetzt, auch der Gemeinderat, es ist nun anders herausgekommen, als wir das wollten. Das ist okay und jetzt setzt man das um, wie man es umsetzen muss.

Was der Volkswillen ist, ist immer ein bisschen schwierig herauszufinden. Was ich Ihnen aber sagen kann, ist über was man abgestimmt hat. Und das war relativ wesentlich am 24. September. Da ging es darum, dass man auf der einen Seite den Unterstützungsansatz für die vorläufig Aufgenommenen kürzt. Und da kann ich Herrn Büchi beruhigen, der Angst hat, dass man das nicht macht: Das macht man selbstverständlich. Aber, und das wurde auch von Frau Näf vorgelesen, es stand auch schon in der Abstimmungszeitung ganz klar und bereits im fett gedruckten Teil (also schon in der Zusammenfassung, was auch Herr Gross bestätigen

kann): «Damit könnten Kosten von gesamthaft Fr. 5 – 10 Mio. eingespart werden. Den Gemeinden würden aber zusätzliche Kosten entstehen, die künftig nicht mehr durch den Kanton zurückerstattet werden.». Das war eigentlich der Punkt. Über gewisse Dinge, für die wir als Gemeinde bzw. der Kanton zuständig sind, stimmten wir nicht ab. Wir stimmten darüber ab, wer es finanziert – und es sind die Gemeinden, die es finanzieren.

Von daher ist es auch nicht so, dass man wünschen könnte, der Stadtrat solle es noch ein bisschen günstiger, noch ein bisschen weniger und noch ein bisschen wie auch immer machen – es ist einfach so: Wenn der Anteil an vorläufig Aufgenommenen steigt, dann gibt es mehr.

Und, Frau Lüchinger, wir sagten damals: Stand diesen Sommer hatten wir so und so viele vorläufig Aufgenommene. Wir haben das 1:1 umgerechnet, d.h. es kostet Fr. 1.3 Mio. Wir hatten aber Annahmen, dass die vorläufig Aufgenommenen zunehmen, weil wir einen relativ hohen Anteil an Flüchtlingen im Verfahren haben und weil wir wissen, dass ein grosser Teil davon syrische, irakische, afghanische Bürgerkriegsflüchtlinge sind, die eben einen hohen Anteil an vorläufig Aufgenommenen haben. Deshalb gehen wir davon aus, dass dieser Anteil noch steigen wird. In der Weisung war drin «Wird gut Fr. 1 Mio. betragen, kann sich aber bei ansteigendem Anteil der vorläufig Aufgenommenen (und da haben wir nichts damit zu tun, das hängt davon ab, wie deren Gesuch entschieden wird) kann er sich auch vervielfachen.» So wird es wahrscheinlich sein und jetzt haben wir das eingesetzt. Sobald wir Dinge wissen, bringen wir sie in den Budgetprozess ein. Das ist jetzt da mit dem Novemberbrief erfolgt, auf den letzten Drücker noch nach der Abstimmung. Von daher können Sie das gut oder schlecht finden, es ist einfach so.

Aber es ist sicher nicht so, dass man irgendeinen wie auch immer interpretierten Volkswillen nicht interpretieren würde, sondern man macht das, was man am 24.9. beschlossen hat, im Rahmen der übergeordneten gesetzlichen Rahmenbedingungen, denen wir verpflichtet sind.

Ratspräsident F. Landolt: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Kürzungsantrag «Reduktion des Globalkredites um Fr. 1.28 Mio.» zustimmen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben. Auszählen bitte.

Wer den Antrag ablehnt, ebenfalls.

Damit haben Sie dem Kürzungsantrag mit 21:36 Stimmen nicht zugestimmt.

Damit haben Sie das Budget des Departements Soziales mit Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, Sozial- und Erwachsenenhilfe, Prävention und Suchthilfe, Individuelle Unterstützung, Spitex, Alterszentren, Beiträge an Organisationen und Arbeitsintegration genehmigt.

Dept. Technische Betriebe

Ratspräsident F. Landolt: Wir kommen zum Departement Technische Betriebe. Da gibt es einen Antrag von Markus Nater betreffend einem Indikator.

M. Nater (GLP/PP): Es sind eigentlich zwei Anträge.

Stadtwerte hat drei Hauptaufgaben: Die sichere Versorgung von Energie für die Stadt Winterthur, einen akzeptablen Gewinn erwirtschaften und die Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energie.

Bei der Gefährdung der Zielerreichung bei der Versorgungssicherheit und beim Gewinn wird sofort reagiert, geplant und Massnahmen getroffen.

Beim Ökostromverkauf sieht es anders aus: Da erkennt man eine Tendenz, es geht in die falsche Richtung und die 30 GWh aus dem Jahr 2016 (dort hat man das nämlich schon erreicht), können vielleicht nicht mehr erreicht werden. Statt dass nun aber Massnahmen getroffen werden, um den Anteil zu erhöhen, werden Gründe gesucht, wieso es nicht geht und das Ziel wird dann nach unten angepasst.

Es kann nicht sein, dass eines der wichtigsten Ziele von Stadtwerk - die Ökologie - schlechter wird und die einzige Massnahme, die besteht, liegt darin, das Ziel nach unten anzupassen.

Hier vielleicht ein liberaler Hinweis: Ein Ziel ist keine Prognose, sondern ein angestrebtes Ergebnis in der Zukunft, welches durch zielgerichtete Massnahmen und Handeln erreicht werden soll.

Es sollen daher die Anreize für die Kunden erhöht werden, wieder Strom aus ökologischer Erzeugung zu kaufen. Momentan werden die Anreize verschlechtert. So erhalten die Erzeuger von Solarstrom im nächsten Jahr statt 12 Rp. nur noch 11 Rp., d.h. Stadtwerk muss weniger zahlen. Dieser Preisvorteil wird aber nicht an die Kunden weitergegeben, diese müssen weiterhin für 20 Rp./kWh kaufen. Da sieht man, diese Steuerungsmechanismen gehen genau in die falsche Richtung.

Daher der Antrag der GLP, dass der Zielwert beim Verkauf von Ökostrom auf dem Wert vom Jahr 2016 gehalten wird und dieser beträgt 30 GWh.

Dieser Antrag wurde von der Kommission mit 6:3 angenommen.

H.-R. Hofer (SVP): Ich ging davon aus, dass er gleich beide Anträge miteinander stellt, denn die 30 GWh statt 27.5 GWh im Ökostromverkauf und 70% statt 65% Anteil Strom aus erneuerbaren Energie – also für mich ist das eigentlich dasselbe oder sehr eng verbunden. Deshalb stelle ich den Ablehnungsantrag gleich für beides.

Meine Begründung: Für Stadtwerk ist es kaum möglich, die Zielvorgabe der beiden Anträge zu steuern oder beeinflussen. Als privater Kunde von Stadtwerk bezieht man Bronze-Strom. Bronze-Strom besteht aus 95% Wasserkraft und 5% aus Wind oder Biomasse. Wenn man als Kunde von Stadtwerk ein anderes Produkt will, muss man selber aktiv werden.

Fast die Hälfte des verkauften Stroms von Stadtwerk geht aber an Grosskunden. Diese agieren zum Teil, auch der Not gehorchend aus wirtschaftlichen Gründen, sehr preissensitiv. Stadtwerk könnte, wie es in der Diskussion in der Kommission vorgeschlagen wurde, einfach keinen Atomstrom mehr anbieten. Klar, könnte man. Das hätte aber auch zur Folge, dass viele Grosskunden wohl den Anbieter wechseln würden und damit der Umsatz von Stadtwerk einen relevanten Einbruch erleiden würde.

Mit dem Hintergrund der Energiestrategie 2050 werden die AKWs ohnehin vom Netz genommen. Die Energiestrategie 2050 wird zu gewaltigen Verschiebungen im Schweizer Strommarkt führen, die zum jetzigen Zeitpunkt kaum vorhersehbar sind. Unter diesen Voraussetzungen muss sich Stadtwerk behaupten und entwickeln.

Es macht aus unserer Sicht keinen Sinn, wenn wir diese Entwicklungen mit Messgrössen einbremsen, die nicht steuerbar sind. Deshalb lehnen wir beide Anträge, also zunächst den ersten, aber dann auch den zweiten Antrag, ab. Vielen Dank für die Unterstützung.

Ratspräsident F. Landolt: Es ist tatsächlich so, dass diese Anträge sehr nahe zusammen sind. Ich bitte um die Voten zu beiden Anträgen, resp. ich bitte Markus Nater, noch den zweiten Antrag vorzustellen.

M. Nater (GLP/PP): Da sieht man wieder einmal, dass gewisse Leute diese Verbindungen nicht verstehen zwischen GWh, absoluten Zahlen und Prozentzahlen. Dass dieser Vergleich von der SVP kommt, ist schon ein bisschen enttäuschend.

Wie beim vorherigen Votum erwarten wir von den Stadtwerken, dass sie Ziele in der Ökologie nicht nach unten anpassen, sondern Massnahmen ergreifen, um diese zu erreichen. Im Jahr 2016 wurden 70% erreicht beim Ökostromverkauf. In der Zwischenzeit wurde in der Schweiz noch mehr erneuerbare Energie produziert.

Der Anteil der Stadtwerke am Verkauf geht jedoch scheinbar zurück. Das ist nichts anderes als ein Verlust von Marktanteilen, d.h. das Angebot der Stadtwerke im Ökostromverkauf ist nicht mehr marktfähig. Wie Du richtig gesagt hast: Diese Käufer gehen dann zu einem anderen Händler. Aber auch hier wieder: Der liberale Ansatz ist, dass man nicht die Ziele anpasst, sondern ein konkurrenzfähiges Angebot beim Ökostrom soll vorhanden sein.

Zu guter Letzt: Es gibt noch eine Eignerstrategie und es gibt eine angenommene Initiative, Winenergie. Diese verlangt explizit, dass der Anteil der erneuerbaren Energie gesteigert werden soll. Dass nun die Zielsetzung im Bereich der Ökologie gegen die Eignerstrategie und die angenommene Initiative nach unten angepasst wird, ist einfach schlicht nicht nachvollziehbar.

Denn das ist Demokratie, dass man Ziele, denen das Volk zugestimmt hat, dann auch entsprechend verfolgt.

Daher der Antrag der GLP, dass man das Ziel nicht einmal erhöht, sondern einfach bei dem Wert von 2016 lässt, der bereits erreicht wurde.

Ratspräsident F. Landolt: Ich habe den Vermerk, dass wir da noch einen Gegenantrag haben.

Z. Dähler (CVP/EDU): Der besteht nicht mehr.

R. Diener (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion unterstützt die beiden Anträge der Grünliberalen und damit finden wir es ebenfalls richtig und zweckmässig, dass man jetzt diese Werte nicht wie geplant reduziert, sondern dass man die relativ ehrgeizigen Vorgaben lässt. Wir sind der Meinung, wie bereits gesagt wurde: Es ist nicht der richtige Moment, jetzt bereits mit diesen Werten hinunterzufahren. Wir haben eine übergeordnete Energiestrategie, die uns eigentlich abverlangt, diese ehrgeizigen Ziele aufrechtzuerhalten und innerhalb einer vernünftigen Frist auch die Umstellung der Energieversorgung zustande zu bringen und zu realisieren. Und diese Vorgaben, die wir wie auch schon erwähnt, auch mit der Volksabstimmung da in Winterthur gesetzt haben, mit diesem Grundsatz, dass wir uns auf den Absenkpfad für die fossilen Energien begeben wollen, für die nicht erneuerbaren Energien. Deshalb müssen wir auch da beim Strom den Anteil möglichst halten können, möglichst auf dieser Ebene und Basis bleiben können. Ziel muss sein, eigentlich noch weiter zu kommen.

Der Strom ist zwar inzwischen ein bisschen gesunken, das haben wir gesehen und es wurde auch begründet, dass das v.a. durch Grosskunden zustande kommt. Das ist sicher so, das heisst aber nicht, dass wir deswegen die Ziele einfach nach unten setzen, sondern ich möchte Stadtwerk auffordern, nach Wegen und Lösungen zu suchen. Wer nämlich will, der findet Wege und Lösungen. Wer nicht will, findet einfach Ausreden.

Und deshalb unterstützen wir das und machen beliebt, dass wir diesen Antrag annehmen.

B. Zäch (SP): Es wurde bereits gesagt: Stadtwerk hat mit dem Hinuntersetzen dieser Zielvorgaben übervorsichtig bis kleinmütig auf eine Entwicklung reagiert, bei der sie sagen, sie könnten dieser nicht begegnen. Das ist eine passive Reaktion. Man darf aber erwarten, dass ein Unternehmen, das am Markt ist, mit marktwirtschaftlichen Instrumenten, auf eine solche Situation proaktiv reagiert. Das ist das, was man mit diesem Antrag erreichen will. Wir sind der Meinung, dass man das von einem solchen Betrieb erwarten darf. Wir sind auch der Meinung, dass man erwarten darf, dass Stadtwerk die Ziele so setzt, dass sie entsprechende Massnahmen ergreift, um diese Ziele auch zu erreichen. Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag der GLP auf Beibehaltung der Zielvorgaben.

M. Bänninger (EVP/BDP): Wir von der EVP/BDP-Fraktion sind für die Erhöhung auf 30 GWh und 70% im zweiten Antrag. Parlamentarische Zielvorgaben sind Ziele, d.h. Indikatoren dürfen auch eine Herausforderung darstellen. Von daher gesehen ist es das Minimum, dass wir den Wert der Rechnung 2016 fortschreiben und gegenüber dem Voranschlag 2017 leicht erhöhen.

Z. Dähler (CVP/EDU): Auch wir von der CVP/EDU-Fraktion können nicht wirklich nachvollziehen, wieso dass diese Ziele da jetzt gesenkt werden sollen. Wir haben die verschiedenen Energiestrategien, die von der Bevölkerung (von der Schweiz wie auch von Winterthur) gefordert werden. Es geht darum, dass man mehr erneuerbare Energien brauchen können soll in Zukunft. Wenn jetzt aber die Mehrheit der Stadt Winterthur das fordert, kann es ja nicht sein, dass man dort Ziele anpasst. Wir haben das auch schon von den Vorrednern gehört. Es ist auch uns klar, dass es Ziele sind, über die man spricht, und es ist auch sicher schwierig, diese Ziele zu erreichen. Sie sind hoch gesteckt, aber genau deshalb wollen wir, dass Stadtwerk versucht, diese Ziele zu erreichen und sich darum bemüht. Entsprechend unterstützt die CVP/EDU-Fraktion die Erhöhung dieser Ziele.

F. Helg (FDP): Die FDP-Fraktion wird den Ablehnungsantrag der SVP unterstützen. Der Stadtrat hat sich bei der Vorlage dieses Antrages auch Überlegungen gemacht, wir werden das sicher auch noch direkt vom Departementsvorsteher hören. Ich denke, diese Werte können nicht einfach Teufel-komm-raus nach oben gesetzt werden, v.a. weil viele Gewerbe- und Wirtschaftsbetriebe wirklich preissensitiv reagieren und von daher ist es durchaus auch ein Weg, dass man den Wert so heruntersetzt wie es jetzt der Stadtrat beantragt.

Stadtrat St. Fritschi: Es ist von Seiten GLP und SP Kritik ausgeteilt worden. Ich muss da sagen: Es ist natürlich einfach gesagt, man erhöht da einfach den ökologischen Stromanteil und denkt dabei gar nicht daran, wie das denn eigentlich möglich ist. Wenn man nicht günstigere Tarife für die ökologischen Stromprodukte macht, wird nicht mehr gebraucht. Stadtwerk macht schon sehr viel, was Marketing, den Auftritt, die Produktwahl von Ökostrom betrifft. Diese Vorwürfe, die von Markus Nater kamen, finde ich nicht gerechtfertigt. Stadtwerk macht schon sehr viel.

Was aber das Problem ist: Der Preis für Ökostrom ist teurer als für andere Stromprodukte. Da können Sie sich alle selber an der Nase nehmen und Ihre eigene Stromrechnung anschauen. Kaufe ich selber Ökostromprodukte ein oder nicht? Ich bin nicht sicher, ob alle, die jetzt da gesprochen haben, selber – wenn es um das eigene Geld geht – wirklich auch das teure Produkt nehmen.

Es ist ein bisschen dasselbe Problem wie vom Detailhandel. Es gibt eine Preisdifferenzierung, dass man für ein biologisches Produkt ein bisschen mehr zahlt als für ein anderes, ob das von IP Suisse produziert wird oder nach anderen Gesichtspunkten. Aber am Schluss können wir das nicht übersteuern, wenn Stadtwerk nach marktwirtschaftlichen Kriterien die Preise gestalten muss, sonst würden wir den Preis nämlich nicht mehr mit marktwirtschaftlichen Kriterien generieren, sondern wir würden ganz klar eine Quersubventionierung machen vom einen Produkt in das andere.

Wir sind sicher nicht dagegen, mehr Ökostrom zu verkaufen, aber wir versuchten in der Kommission klar zu machen, dass es mit den höheren Preisen sehr schwierig wird, gerade bei den grossen Kunden, die sehr sensitiv reagieren und die auf jeden Rappen genau kalkulieren. Dort ist es ganz schwierig, dass man Ökostromprodukte verkaufen kann.

Aber ich hoffe, Sie finden einen weisen Entscheid. Ich sage einfach, es wird ganz schwierig, dass wir die 70% erreichen können.

Ratspräsident F. Landolt: Wir kommen zu den Abstimmungen. Wir haben zwei Anträge, einerseits zur Erhöhung der Messgrösse Ökostromverkauf pro Jahr im Budget 2018 auf 30 GWh.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben.

Wer den Antrag ablehnt, ebenfalls.

Damit haben Sie dem Antrag mit grosser Mehrheit zugestimmt.

Der zweite Antrag ist eine Erhöhung der Messgrösse für das Budget 2018 auf 70%.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben.

Wer den Antrag ablehnt, ebenfalls.

Damit haben Sie mit derselben Mehrheit auch diesem Antrag zugestimmt.

Wir sind mit dem Departement Technische Betriebe durch. Sie haben das Budget der Produktgruppen Stadtwerk Winterthur, Stadtbus Winterthur, FinöV Stadt und Stadtgrün Winterthur genehmigt.

Stadtkanzlei, Finanzkontrolle und Ombuds- und Datenaufsichtsstelle

Zu Behörden und Stadtkanzlei liegt kein Antrag vor. Damit haben Sie Stadtkanzlei, Finanzkontrolle und Ombuds- und Datenaufsichtsstelle ebenfalls genehmigt.

Das Drehbuch sieht 4 Schritte vor: Eintretensdebatte, Teil B – also die Behandlung dieser Anträge, das ist jetzt erfolgt. Als 3. Schritt Teil A (Verwaltungsvermögen). Gibt es dazu noch Wortmeldungen? – Nein. Damit kommen wir zur Schlussabstimmung Stadtratsantrag.

Ich habe angekündigt, dass wir zuerst die beiden Anträge zur Produktegruppe Steuern und Finanzausgleich behandeln resp. bereinigen. Es geht da um den Steuerfuss. Es gibt einen Antrag der SVP für eine Senkung um 2% und einen Antrag der Grünen um Erhöhung von 2%. Ich bitte die SVP, ihren Antrag zu begründen.

M. Gross (SVP): Nicolas, ich weiss nicht genau, welche Zeitungen Du liest, aber eigentlich sollte das Wichtigste immer im fett Gedruckten zusammengefasst und erklärt sein. Von daher kannst Du Dich vielleicht einmal von den Journalisten beraten lassen, dass man in Zusammenfassungen nicht Nebelpetarden packt, sondern sie das Wichtigste enthalten. Aber Du kannst beruhigt sein, ich habe die Studie mehrfach vorwärts und rückwärts gelesen – und es ist also ziemlich mühsam, das zu lesen (ähnlich wie ein FCW-Match im Moment).

Die SVP stellt den Antrag, den Steuersatz von 124% auf 120% zu senken. Die Gründe habe ich eigentlich schon im Eintretensvotum erläutert, und zwar detailliert. Ich möchte an dieser Stelle nur noch auf das Wichtigste, also das fett Gedruckte, eingehen.

Für 2018, das hat der Stadtrat so beantragt, ist eine Steuerfussenkung auf 122% vorgesehen. Trotzdem soll es einen Gewinn geben von fast 15 Mio. (Fr. 14.3 Mio.). Die Steuereinnahmen steigen konstant. Jetzt, meine Damen und Herren, ist es an der Zeit, den Winterthurerinnen und Winterthurer das Geld wieder zurückzugeben und Winterthur insgesamt zu entlasten. Wir müssen ihnen nämlich nur so viel wegnehmen, wie der Staat für die Erfüllung seiner Aufgaben braucht. V.a. in guten Zeiten ist es wichtig, dass man das Budget nicht unnötig aufbläht, um nicht später vor einem Scherbenhaufen zu stehen, wenn die Zeiten schlechter werden. Mit zu grossen Gewinnen, wie das 15 Mio. sind, weckt man Begehrlichkeiten. Exemplarisch zeigen das die Budgetanträge von letzter Woche von der linken Seite. Nach dem Motto „Darf es ein bisschen mehr sein?“ werden künftige Steuergelder mit beiden Händen ausgegeben, sogar für Visionen, die weder einen Plan noch ein Konzept haben (wie „Smart City“), sprach man Fr. 200'000. Auch heute bewilligten wir wieder 17.5 Stellen (teilweise befristet), das kostet uns Millionen, auch das ohne klaren Grund, ohne fundierte Begründung und nicht einmal auf einen ordentlichen Budgetantrag hin.

Die SVP setzt sich dafür ein, dass Steuereinnahmen nur für notwendige Staatsaufgaben und für wirtschaftlich sinnvolle Investitionen ausgegeben werden. Wir wollen keine Ocean Breeze, keine Wärme Frauenfeld, kein Biorender mehr – und wir unterstützen nur plausibel begründete Stellenanträge.

Budgetdisziplin lässt sich nur mit einem knappen Budget erreichen. Für diese Erkenntnis muss man nicht Verhaltensforscher sein. Ein tieferer Steuerfuss hilft uns, neue Arbeitsplätze zu schaffen und auch Wohlstand nach Winterthur zu holen. Jedes Prozent Steuerfussenkung hat eine grosse Signalwirkung nach aussen. Helfen Sie uns, die Rahmenbedingungen zu verbessern – stimmen Sie dieser 4%en Senkung zu.

Ratspräsident F. Landolt: Von 124%?

M. Gross (SVP): 4% von 124% auf 120% - oder 2% von 122% auf 120%.

Ratspräsident F. Landolt: Danke. Christian Griesser, bitte.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Die Fraktion Grüne/AL beantragt, den Steuerfuss auf 124% zu belassen. Der Gewinn, den wir jetzt verbuchen im Budget 2018, hat v.a. mit der Grundstückgewinnsteuer von 49 Mio. zu tun. In den vergangenen Jahren nahmen wir 15-20 Mio. Grundstückgewinnsteuer ein. Wenn man davon die Differenz nimmt (30-35 Mio.) und diese abzieht von dem budgetierten Gewinn, bleibt ein Verlust.

Die Grundstückgewinnsteuer wird dann gebucht, wenn sie veranlagt wird. Die Stadt konnte dank mehr Personal diese Pendenzen abbauen und wird auch noch mehr abbauen können. Deshalb dieser hohe Gewinn bei der Grundstückgewinnsteuer.

Es ist aber auch klar, das ist ein ausserordentlicher Ertrag, den man hat, und hat zu einem grossen Teil nichts mit 2018 zu tun. Wir sind der Ansicht, dass diese ausserordentlichen Erträge nicht in die Laufende Rechnung fliessen sollten, sondern für ausserordentliche Aufwän-

de (z.B. die Sanierung der Pensionskasse) oder zur Schuldentilgung verwendet werden sollten.

Bis vor kurzem hiess es, Winterthur sei pleite - jetzt ist alles plötzlich wieder super. Wenn wir im Buch A auf p. 91 schauen, was für das Jahr 2021 vorgemerkt ist, dann sehen wir einen Verlust von 31 Mio. Die Bevölkerung nimmt uns das irgendwann einmal einfach nicht mehr ab. Einmal sind wir pleite, dann ist alles wieder super und dann sind wir wieder pleite. Zudem müssen wir einfach sehen: Die Senkung auf 122% führt dazu, dass wir 2020 einen tieferen Ressourcenausgleich von rund 1.2 Mio. haben und wir sind auch gegenüber dem Kanton nicht so glaubwürdig, wenn wir einen höheren Ausgleich fordern und gleichzeitig Steuern senken.

Wenn ich heute Voten gehört habe beim Kantonsrat, wo z.B. Philipp Kutter von der CVP oder Michael Zeugin von der GLP sagten, wieso der Kanton die Steuern nicht senken soll – und wir hier sollen die Steuern senken? Uns geht es offensichtlich besser als dem Kanton.

Abschliessend möchte ich noch darauf hinweisen: Denkt auch daran, was Ihr heute sagt und was Ihr dann demnächst in der Medienmitteilung zur Pensionskasse schreiben werdet. Es könnte ja sein, dass der eine oder andere heute sagt, Winterthur geht es gut, und dann innert Kürze wieder schreibt, Winterthur sei pleite.

Die Fraktion Grüne/AL ist aus den erwähnten Gründen zurzeit gegen eine Steuersenkung und beantragt, dass wir weiterhin auf diesen 124% bleiben.

Ratspräsident F. Landolt: Wir haben einen Stadtratsantrag auf eine Senkung auf 122% und einen Antrag von der SVP auf eine Senkung um nochmals 2% auf 120%. Und wir haben von der grünen Seite einen Antrag um eine Erhöhung um 2%. Dazu die Voten.

U. Hofer (FDP): Es dürfte wenig überraschen, dass wir Null Verständnis für den Antrag der Grünen auf Beibehaltung des Steuerfussen haben. Man konnte heute in der NZZ lesen zu diesem Thema: «Im Gemeinderat hat sich bei der Eintretensdebatte am vergangenen Montag keine einzige Partei dagegen ausgesprochen.» Ich bin ausnahmsweise nicht verärgert über diese Art von Fake-News und Sie dürfen deshalb ruhig schreiben, die Grünen hätten ihren Antrag zurückgenommen aus Vernunft.

Der Stadtrat hat nämlich 2015 dem Gemeinderat und der Bevölkerung hoch und heilig eine bloss temporäre Steuererhöhung versprochen.

Wir von der FDP waren schon damals der Ansicht, dass die Erhöhung falsch und unnötig ist. Nun zeigen die Rechnungen seither, aktuelle Hochrechnungen wie auch die Budgetplanung, dass wir recht hatten und dass wir uns die Erfüllung dieses Versprechens auch tatsächlich leisten können. Die Schlagzeile wäre deshalb bei Annahme dieses Antrages in Anlehnung an mein Eingangsvotum von letzter Woche: "Stadtrat hält, Gemeinderat bricht Versprechen." Wir sind jedoch guter Dinge, dass die Mehrheit des Gemeinderates nicht wortbrüchig wird und dass man diesen bedauerlichen Fehler nun tatsächlich rückgängig machen wird.

Wir erkennen auch Widersprüche bei den Befürwortern dieses Antrages. Es heisst, wir sollen die Steuern nicht senken, weil wir die Verschuldung abbauen müssen. Das ist in der Tat ein sehr hehres und ein sehr unterstützungswürdiges Ziel. Es wäre einfach ein bisschen glaubwürdiger, wenn man nicht in der diesjährigen Budgetdebatte ständig Anträge hätte, wo man noch ein bisschen mehr Geld ausgeben könnte. Ich zitiere da Barbara: «Darf es ein bisschen mehr sein?» Und es wäre auch viel glaubwürdiger, wenn es um die Sanierung der Pensionskasse geht, wo Hunderte Millionen Steuergelder eingesetzt werden oder bereits eingesetzt wurden, man dann kein bisschen Widerstand hört von dieser Seite. Du wirst dann auch nicht hören, wir seien bankrott, sondern Du wirst hören, dass wir uns Hunderte von Millionen einfach nicht leisten können. Das kann sich keine Stadt leisten. Und das muss man überdenken. In dem Sinn ein klares und überzeugtes Nein zu diesem Antrag.

Ebenfalls wenig überraschend dürfte es sein, dass wir schon viel mehr Sympathie mit dem Antrag der SVP haben. Umgekehrt wurden uns ja mit dem IAFP, den Kennzahlen und der sich noch in der Beratung befindlichen Schuldenbremse gewisse Planungsinstrumente mit auf den Weg gegeben. Auch wenn wir den Ausblick in die Kristallkugel nicht ganz so pessimistisch einschätzen wie die Finanzministerin (insbesondere die Auswirkungen der USR III, die unseres Erachtens auch Chancen und nicht nur Risiken bietet), darf man das nicht gänz-

lich ausblenden und ausser Acht lassen und schönreden. Fakt ist, dass diese Planungsinstrumente – Stand heute - noch keine weitergehende Steuererhöhung rechtfertigen.

Wir versprechen jedoch - zusammen mit der SVP und anderen Partnern – daran zu arbeiten, dass wir das vielleicht in Zukunft einmal können.

Für den Moment freuen wir uns jedoch an dem, was wir uns tatsächlich leisten können - und auch dies hätte vor einigen Jahren ja kaum jemand geglaubt. Als starkes und positives Zeichen nach aussen genügt dies vorerst auch, wenn es 2% sind und nicht – was auch sehr schön gewesen wäre – 4%. Deshalb ein Nein aus Vernunft zum SVP-Antrag – anders als beim anderen Antrag nicht ein Nein von Herzen.

B. Huizinga (EVP/BDP): Als der stadträtliche Antrag, den Steuerfuss auf 122% zu senken, eintraf, war dem Budget ein Überschuss von 3 Mio. zu entnehmen. Damals standen wir als EVP diesem Vorschlag mit grosser Skepsis gegenüber. Für uns schien er zu diesem Zeitpunkt nicht nachhaltig zu sein und v.a. Wahltaktik.

Dann kam der Novemberbrief mit einem Überschuss von 18 Mio. Das Ringen ging los: Hat der Stimmbürger jetzt, nach all diesen Entlastungsmassnahmen, eine Entlastung seines Portemonnaies verdient? Was für psychologisch motivierte Zeichen würde eine Senkung des Steuerfusses für die Privaten und die Wirtschaft bewirken? Ja, weniger Steuern möchte jeder, oder sicher fast jeder. Von den steuerfinanzierten Angeboten möchte er aber auch profitieren. Durch die diversen Sparrunden wurden Kürzungen gesprochen, die der Bevölkerung von Winterthur unangenehm aufgestossen sind, ja z.T. auch als Mangel des Service Public wahrgenommen wurden. Würde man zum jetzigen Zeitpunkt den Steuerfuss nochmals senken, wäre das unweigerlich erneut die Folge. Da Einnahmen und Ausgaben mächtig aus dem Gleichgewicht kommen würden, ist das aus unserer Sicht absolut nicht das Ziel.

Für uns als EVP-Fraktion ist die Einnahmenseite eben auch sehr wichtig. Und wir finden, es ist sehr wichtig, dass wir dort ein besonderes Augenmerk darauf legen, da wir als Stadt diesbezüglich nicht gerade auf Rosen gebettet sind.

Wir als Parlament sind verpflichtet, weise und nachhaltige Entscheidungen über die städtischen Finanzen zu tätigen. Als Fraktion lehnen wir darum den SVP-Antrag deutlich ab.

Zu den Grünen: Ja, im Herbst, als die ersten Budgets publiziert wurden, haben wir als EVP den 124%igen Steuerfuss wirklich befürwortet. V.a. der Aufbau von Eigenkapital war für uns ein wichtiges Argument, den Steuerfuss zu belassen. Inzwischen scheint uns aber wie gesagt der Gewinn, der 2017 erwirtschaftet wurde, in einer Höhe zu sein, bei der wir mit einer Senkung des Steuerfusses um 2% durchaus ein positives Zeichen setzen wollen. Daher werden wir als EVP/BDP-Fraktion den Antrag des Stadtrates um eine 2%ige Steuersenkung unterstützen.

Ratspräsident F. Landolt: Ich möchte da unterbrechen für die Nachtessenspause. Denken Sie daran, dass wir um ca. 21 Uhr zum gesellschaftlichen Teil übergehen werden, sofern das Budget bis dann bereinigt ist.

Nachtessenspause

Ratspräsident F. Landolt: Begrüssst zur Abendsitzung. Wir beenden die Sitzung heute spätestens um 21 Uhr. Wir sind bei der Produktegruppe Steuern und Finanzausgleich. Das Wort hat Roland Kappeler.

R. Kappeler (SP): Urs Hofer wollte der Presse letzten Montag schon sagen, welche Schlagzeilen sie setzen sollen. Dem ist vielleicht die NZZ heute gefolgt, ich weiss es nicht. Er fand dort, es sollen doch jetzt alle «Friede, Freude, Eierkuchen» Ja sagen zum Stadtratsvorschlag und es seien vielleicht jetzt alle glücklich und jubelnd. Dem ist nicht so.

Die SP-Fraktion sagt schlussendlich mehrheitlich Ja zum Stadtratsantrag, aber weder jubelnd noch einstimmig noch ohne Zusatzkommentare. Der Landbote fasste bereits heute vor einer Woche unsere Position gut und sec zusammen, ich möchte es noch ein bisschen weiter ausführen. Es gibt gute Gründe für uns für einen Steuersatz von 124%, sprich Antrag Grüne. Es

gibt aber auch gute Gründe für einen Antrag 122% (Stadtratsantrag). Es gibt sicher keinen guten Grund für 120%.

Beginnen wir bei 124%: Das wären 20 Mio. Gewinn, die wir ausweisen würden. Da muss man ehrlicherweise sagen, Christian Griesser hat bei seinem Votum die meisten Sachen schon genannt. Es wäre das einzige, das finanzpolitisch wirklich konsistent wäre. Da muss man dem Stadtrat sagen, sein Antrag ist nicht konsistent. Er setzte Legislaturziele ein wie Eigenkapital aufbauen – die torpediert er eigentlich mit seinem Antrag. Das wäre konsistent. Christian Griesser sagte es: Die 20 Mio. Gewinn würden dann zum grössten Teil aus ausserordentlichen Erträgen bestehen und die sollte man eigentlich nicht ausschütten, sondern im Eigenkapital behalten. Wenn man den IAFP anschaut, ist die Zukunft nicht wirklich sehr rosig, auch das würde dafür sprechen, das Eigenkapital jetzt mit diesen 20 Mio. aufzubauen. Auch Konstanz würden wir damit signalisieren. Und das, liebe SVP, wäre das viel vernünftiger Signal an die Unternehmen. Nichts ist wichtiger für Unternehmen als konsistente, langfristige Planung. Das Auf und Ab, das wir möglicherweise machen mit dem Steuerfuss, nützt letztlich niemandem.

Aber, ein bisschen anders begründet als der Stadtrat, gibt es auch aus SP-Sicht durchaus gute Gründe für einen Steuerfuss von 122%. Wir mussten in der Vergangenheit sehr viele Steuerreduktionen, vielleicht auch Steuergeschenke, über uns ergehen lassen, aus nationaler, aus kantonaler Gesetzgebung, bei denen letztlich immer die Gemeinde diejenige war, die es ausbaden musste. Den Letzten beißen die Hunde. An die Gemeinden dachte niemand oberhalb von uns, und wir mussten das kompensieren, z.T. einfach über Steuersatzerhöhungen, über die wir auch nicht immer nur glücklich waren. Und deshalb finden wir, es ist jetzt wirklich eine Möglichkeit, ein Signal zu setzen, dass wir jetzt, wo wir die Möglichkeit haben, den Steuersatz ein bisschen herunterzunehmen, dann können wir das akzeptieren im Sinne eines Signals an unsere Steuerzahler und Steuerzahlerinnen, das letztlich bei vielen nicht finanziell entscheidend ist, aber halt wirklich Signalwirkung hat.

Aber – und jetzt kommt das grosse «Aber» - das können wir nur dann akzeptieren, wenn sich der Stadtrat künftig mindestens so vehement wie bisher (lieber noch ein bisschen mehr) gegen Steuersenkungen (insbesondere Unternehmenssteuern, Kapitalsteuern, Steuersenkung für Privilegierte) einsetzt. Der Stadtrat hat die Möglichkeit, da bald Tatbeweise zu erbringen, wenn es darum geht, Position zu beziehen bei einer Änderung der Grundstückgewinnsteuer im Kanton oder nachher bei der ganzen Steuervorlage 2017. Das ist unsere klare Verknüpfung: Ja, wir stehen heute Abend mehrheitlich hinter dem Stadtrat, aber nur mit diesem Zusatzauftrag.

Ganz zum Schluss kurz: Jenseits von gut und böse, absolut undiskutabel, ist der SVP-Antrag von 120%. Wir würden dann nur noch 8 Mio. Gewinn ausweisen und ordentlich würden wir mit einem massiven Defizit abschliessen, da der grosse Teil davon ja ausserordentlich ist. Ich zitiere aus der Eintretensdebatte letzte Woche Michael Gross, der sagte, die paar Milliönchen weniger würden dafür Unternehmungen anziehen. Ja, um mit zwei weiteren Zitaten von Euch darauf zu reagieren: Also wenn man von Voodoo-Ökonomie spricht, dann ist das Voodoo-Ökonomie, wenn man meint, 2% Steuerfussenkung würde dann massiv Unternehmungen anziehen. Oder, nochmals Michael zitiert aus der Eintretensdebatte (er sagte das allerdings zu etwas anderem): «Unsinn bleibt Unsinn.» Das ist wirklich für diesen Antrag das treffende Wort. Wenn man schaut, dass man im Moment 5 Mio. freies Eigenkapital hat und die Planbilanzen anschaut, wo das hingehet, dann ist es absolut verantwortungslos und fahrlässig, jetzt weitere 6 Mio. plus dann noch mehr als 1 Mio. Ressourcenausgleich einfach zu verteilen.

I. Kuster (CVP/EDU): Wie bereits letzte Woche angekündigt werden wir von der CVP/EDU-Fraktion den Antrag des Stadtrates unterstützen. Damit wird, wie Urs auch angetönt hat, die erwähnte temporäre Steuererhöhung wie vereinbart rückgängig gemacht, sogar ein Jahr früher als angedacht. Damit erhalten die Bewohnerinnen und Bewohner von Winterthur etwas mehr frei verfügbares Einkommen im Hosensack oder in den Taschen und die Unternehmen, die wir brauchen und die wichtig sind, und das Gewerbe erhalten etwas mehr unternehmerischen finanziellen Freiraum.

Steuereinnahmen zeigen sich bei der Stadt in der Erfolgsrechnung und erst indirekt bei der Verschuldung. Wie bereits mehrfach betont sind hier vor allem die Investitionen entscheidend

aus unserer Sicht, neben Pensionskasse und anderen Themen. Die sechs Millionen bringen der Bevölkerung und den Unternehmen mehr als der nicht einmal gesicherte Abbau von Schulden.

Wir lehnen aber sowohl den Antrag der Grünen ab nach Beibehaltung des Steuersatzes von 124% und auch denjenigen der SVP für eine Steuerfussenkung von 4%. Wir von der CVP-Fraktion wollen einerseits eine gewisse Stabilität beim Steuerfuss, andererseits wollen wir auch die notwendigen Investitionen möglichst nicht mit Fremdkapital finanzieren. Mittelfristig – sozusagen als Weihnachtswunsch der CVP - streben wir aber schon einen Steuerfuss an, der unter der Marke von 120 Steuerprozenten liegt. Es gibt viele, die immer nach Zürich schielen - dann wären wir gleich wie die Stadt Zürich.

A. Steiner (GLP/PP): Ich werde es kurz machen, wir haben das letzte Mal bereits angekündigt, dass die Grünliberalen und der Pirat dem Antrag des Stadtrates folgen werden. Wir haben dort festgehalten, dass wir in der Laufenden Rechnung mittlerweile die Ausgaben ziemlich gut im Griff haben, dass sie wesentlich planbarer geworden sind, und haben aber gleichzeitig auch festgehalten, dass wir noch Sorgenkinder haben, sprich die hohe Verschuldung. Mitverantwortlich, dass wir so hoch verschuldet sind, ist u.a. die Pensionskasse, auch dort werden wir ein Auge darauf halten müssen.

So oder so, wir müssen uns daranmachen, diese Schulden abzubauen. Deshalb ist aus unserer Sicht eine Steuersenkung, die mehr als 2% ist (sprich SVP-Antrag) verantwortungslos. Wir müssen im Moment alles, was zusätzlich an Steuereinnahmen hereinkommt, die in dem Sinne nicht budgetiert sind, konsequent in den Schuldenabbau überweisen. Deshalb, wie gesagt, der Antrag des Stadtrates.

R. Diener (Grüne/AL): Es wurde von Herr Gross gesagt, wir wollten doch Geld zurückgeben können. Wie bitte? Wir geben Geld zurück? Mit dem Antrag der SVP würden wir Geld verteilen an die Bevölkerung. Es ist mir nicht bewusst, dass wir hier im Gemeinderat Geld verteilen können. Aber es ist ein spannender Aspekt. Ich war eigentlich immer der Meinung, es ginge darum festzulegen, wie viel Geld wir einnehmen. Aber wie dem auch immer sei, ich kann mich nur dem anschliessen, was bereits gesagt wurde, und das ich als extrem wichtig erachte. Verantwortung gegenüber der Gesellschaft, gegenüber dieser Stadt, ist anders, als jetzt einfach den Steuersatz zu senken, so wie Ihr es geplant habt.

Ich möchte nochmals deutsch und deutlich darauf hinweisen: Wir haben keinen hohen Steuerfuss. Schaut mal ein bisschen in der Schweiz, wie das bei anderen grossen Städten aussieht. Nicht nur nach Zürich, sondern auch einmal mit anderen Städten in der Schweiz vergleichen. Dann seht Ihr sehr schnell, dass wir überhaupt keinen hohen Steuerfuss haben. Wir haben eine absolut moderate Steuerbelastung, die im nationalen Schnitt völlig gut und konkurrenzfähig ist.

Es stehen sehr grosse Investitionen an, das wurde bereits mehrfach gesagt. Ich gehe davon aus, dass Ihr den IAFP auch angeschaut habt, dass Ihr den auch unter die Lupe genommen habt. Dieser ist nicht so rosig. Wir haben auf Zusehen nach vorne einiges, das wir noch einplanen müssen, das wichtig ist für die Stadt: Einerseits bei den öffentlichen Dienstleistungen, andererseits aber auch bei solchen Sanierungsübungen wie eben u.a. die Pensionskasse. Wir können das nicht einfach ausblenden, meine liebe SVP. Sonst sind wir tatsächlich verantwortungslos.

Das Eigenkapital jetzt aufzubauen, wäre eine grosse Chance, jetzt quasi antizyklisch zu handeln und nicht einfach aus dem Moment, aus dem Affekt oder aus der Wahlkampagne heraus den Leuten ein paar Franken mehr im Sack zu versprechen. Sie haben am Schluss davon nicht mehr, denn wenn wir jetzt nicht etwas auf die Seite legen – das ist ja immer Euer Thema: Sparen, sparen – wenn wir jetzt nicht etwas zur Seite legen, fehlt es uns dann später. Ich mache auch auf die Investitionen in unser Energiesystem aufmerksam, auch da müssen wir Geld in die Hand nehmen. Wir haben die Aufgabe, dort etwas zu machen für die Zukunft. Wenn wir kein Geld haben in der öffentlichen Hand, können wir auch nicht unterstützen. Und zuletzt noch auch an Urs Hofer: Auch er sagte, wir seien unvernünftig. Ja, ein Unternehmen – und Ihr seid doch Unternehmer, Ihr alle bei der FDP, oder fast alle – verteilt das Geld auch nicht einfach, wenn es einmal ein bisschen besser geht. Es senkt den Preis seines

Produktes nicht, weil es jetzt zufälligerweise, durch irgendeine glückliche Fügung, ein bisschen mehr Geld in die Firma gespült hat. Wenn man die Prognose nach vorne anschaut und sieht, dass wir so viele Aufgaben noch zu lösen haben, so viele Dinge, die uns herausfordern und die uns vielleicht Kosten verursachen, dann senkt man nicht einfach den Preis. Das macht kein Unternehmer. Keiner – da müsst Ihr mir zuerst einen zeigen. Von daher gesehen muss ich nur nochmals aufmerksam machen: Das Richtige, das sagte auch Roland Kappeler, das Richtige und das einzig Richtige zu diesem Zeitpunkt jetzt, wäre den Steuerfuss so zu halten, wie er ist.

Y. Gruber (EVP/BDP): Ich habe lange gerungen mit der Frage nach den Steuerprozenten. Ein Hin und Her. Schon bei der Steuerfusserhöhung habe ich dann als befristete Lösung zugestimmt, mit der Voraussicht, bei baldiger Gelegenheit auf 121% zurückzugehen. Leider liegt der SVP-Antrag noch 1% darunter. Wie gesagt, ich habe es mir nicht einfach gemacht und habe mich schlussendlich durchgerungen, mit meiner Fraktion, der EVP/BDP-Fraktion, zu stimmen, für die 122%. Langfristig werde ich mich als BDPlerin aber weiter stark machen für eine weitere Steuersenkung.

D. Oswald (SVP): Ja, es ist eine interessante Debatte, die jetzt da läuft. V.a. den Vergleich mit Unternehmungen finde ich sehr interessant, und zwar aus verschiedenen Gesichtspunkten. Der Staat und eine privatwirtschaftliche Unternehmung haben zwei völlig unterschiedliche Aufgaben und sind in wenigem wirklich miteinander vergleichbar. Es ist nicht die Aufgabe des Staates, Rendite zu erwirtschaften, im Gegensatz zu einer privatwirtschaftlichen Unternehmung. Das ist ein wesentlicher Unterschied und darum, Reto Diener, begreife ich Deine Vergleiche nicht. Das ist einfach falsch. Den Vergleich, aus unternehmerischer Perspektive, den wir von unserer Seite (nicht nur von der SVP) ins Feld führen, ist: Ja, man geht sorgsam mit den Kosten um. Man hat sehr wenig Kosten – und da macht der Staat ja gerade etwas anderes. Und die, die den Kapitalismus überwinden wollen, haben natürlich das Ziel, möglichst viel Geld einzunehmen und möglichst viel Leistungen durch den Staat zu machen, die der Staat nicht machen muss. Und da haben wir in Winterthur noch ganz viel Potential, um die Ausgaben zu senken. Wir machen sehr viel, das der Staat nicht wirklich machen müsste. Nicht nur im steuerfinanzierten Bereich, auch im gebührenfinanzierten Bereich. Da gibt es bei Stadtwerk Dinge, mit denen man die Privatwirtschaft konkurrenziert, mit denen man aufhören könnte. Ich setze da grosse Hoffnungen in den Stadtrat, der jetzt da die Verantwortung hat, dass man da Korrekturen vornehmen kann.

Dann auch der Vergleich wegen der Planbarkeit. Ein Unternehmer weiss, dass nicht jedes Jahr gleich ist, sich verändert und dass es nicht immer einfach aufgeht. Diejenigen, die Planbarkeit brauchen, und es jedes Jahr gleich viel sein muss, das sind Verwalter, aber das sind nicht Unternehmer. Mit denen haben wir leider auch in der Privatwirtschaft zu tun.

Die vergangenen Jahre haben es gezeigt: Der hohe Steuerfuss und viele Einnahmen führen nicht dazu, dass wir die Schulden reduzieren können. Im Gegenteil, man musste immer wieder noch mehr Geld aufnehmen, auch in diesen Jahren. Ich habe die Rechnung 2016 im Kopf, bei der man schlussendlich ca. 60 Mio. besser abschloss, als man budgetierte. Also ein Riesenpotential an Ausgaben, die man nicht machen müsste, wo man Potential hat, um Geld zu sparen. Man nahm Geld auf, statt zumindest einmal keines mehr aufzunehmen. Der hohe Steuerfuss wird nicht dazu führen, dass die Stadt weniger Schulden hat. Im Gegenteil, wir werden unsinnige Ausgaben machen und die Schulden weiter nach oben treiben. Ein weiterer Punkt, wieso dass die Steuersenkung auf 120% (und ich behaupte, es geht noch weiter nach unten) durchaus auch jetzt möglich wäre, sind die nach wie vor hohen Ausgaben in das Finanzvermögen, die die Stadt Winterthur macht. Finanzvermögen, Entschuldigung, das ist nicht eine Kernaufgabe des Staates, die wir machen müssen. Es ist gut, wir müssen sehr wahrscheinlich ein paar Franken im Finanzvermögen parken, damit wir dann einmal Kredite nicht mehr ablösen müssen, sondern die Liquidität anders beschaffen können. Das ist richtig, aber wir haben nach wie vor sehr hohe Ausgaben im Finanzvermögen, die nicht betrieblich notwendig sind, wo wir auch Potential nach unten haben und die dann mehr als 5-6 Mio. ausmachen.

Wir wurden ja wegen den «paar Milliönchen» zitiert. Schlussendlich, für die, die das nicht mitbekommen haben, war das eine Reaktion auf die Aussage der Grünen, die zu 14 Millionen sagten, es komme nicht so darauf an auf die paar Milliönchen. Wir von der SVP sind uns sehr wohl bewusst, dass das viel Heu ist und sehr wichtig ist. Nicht nur 14 Millionen, sondern auch 1 Million oder Fr. 500'000 sind sehr viel Geld. Ein Steuerfuss, der über 100% oder anders gesagt über dem kantonalen Durchschnitt ist, ist ein hoher Steuerfuss. Wir wissen auch, dass wir, gerade für Unternehmungen, im eidgenössischen und auch im kantonalen Durchschnitt sehr hoch sind. Wir könnten da ein Zeichen setzen, das kohärent wäre auch mit der Strategie des Stadtrates, der will, dass die Steuerkraft gesteigert wird. Und das ist die richtige Strategie, um die Steuereinnahmen zu erhöhen. Man muss nicht den Steuerfuss, sondern die Steuerkraft der einzelnen Personen erhöhen, d.h. wir müssen gute Steuerzahler bekommen. Aber damit wir diese bekommen, müssen wir den Steuerfuss senken. Nur so wird das langfristig aufgehen. Da braucht es eine schrittweise Senkung des Steuerfusses, nicht nur auf 122% oder 120%, sondern deutlich unter 120%.

Wir werden diese Strategie weiterfahren, wir werden nach wie vor dafür arbeiten, dass wir dieses Ziel erreichen können. Für uns ist der Schuldenabbau sehr wichtig. Ich habe da skizziert, wie wir den Schuldenabbau machen können, wo nämlich noch Potential liegt: Weniger Ausgaben im Finanzvermögen ist sehr wohl möglich, damit können wir auch unsere Schulden reduzieren. Ich bin auch der Meinung, dass es möglich wäre, 2018 mit diesem Budget auch mit 120% Steuerfuss keine zusätzlichen Schulden zu machen. Danke, wenn Ihr unseren Antrag unterstützt.

M. Wäckerlin (GLP/PP): Ich hoffte eigentlich, dass mein Eintretensvotum ausreichend ist. Offensichtlich geriet das durch die Woche Verzug schon wieder ein bisschen in Vergessenheit...

Liebe Annetta, leider werde ich nicht dem Antrag des Stadtrates folgen können, sondern ich werde dem Antrag der SVP folgen. Ich bedaure, dass sie nicht tiefer hinuntergegangen sind, da würde ich auch mitmachen.

Es ist halt so: Wenn mein Nachbar einen schönen Apfelbaum hat und ich zu faul bin, um Äpfel zu pflanzen. Dann gehe ich zum Nachbarn und sage ihm: «Du gibst mir jetzt sofort von Deinen Äpfeln ab, ich nehme Dir so und so viel weg.» Und dann gehe ich und verteile sie den Armen. Ist das jetzt eine gute Tat oder ist das Diebstahl? Und entsprechend, wenn ich dann dem Nachbarn sage: «Lieber Nachbar, dieses Mal nehme ich Dir 5 Kilo Äpfel weniger weg.» Habe ich ihm jetzt ein Apfelgeschenk gemacht? – Ich denke, der Staat kann keine Steuergeschenke machen. Wenn der Staat etwas wegnimmt und er nimmt weniger weg, dann ist das kein Geschenk, dann ist das «weniger weggenommen» (um einmal das nette Wort zu benutzen für solche Sachen). Denn der wesentliche Unterschied, lieber Reto, und da bin ich genau dort, was Daniel auch schon richtig gesagt hat: Man kann den Staat und die Wirtschaft nicht vergleichen, überhaupt nicht. Die Wirtschaft muss rentieren und muss jeden Rappen verdienen, aber der Staat nimmt sich einfach, was er braucht. Und Du hast das Gefühl, dass man sich einfach hinsetzen kann und sagen, wie viel man sich da einmal nehmen will. Und das finde ich nicht richtig.

Um es zusammenzufassen: Es gibt drei Punkte, bei denen ich der Meinung bin, dass sie eine Steuerreduktion begründen. Das eine ist der moralische Aspekt, den habe ich gerade erwähnt. Das zweite ist der wirtschaftliche Aspekt, dieser ist auch erwähnt worden. Ich habe in der Budgetdebatte 2015 durch akribisches Zusammensuchen von Statistiken aus den vorhergegangenen Jahren nachgewiesen, dass wir immer mehr eingenommen haben an Steuereinkommen in der Stadt, wenn wir vorher die Steuern gesenkt haben. Und selbstverständlich schauen die Firmen darauf, das hatten wir ja schon beim Strom, wo die Kunden z.T. sehr sensitiv sind und darauf schauen, wo sie sparen können und wo nicht. Man muss einfach sehen: Die Stadt Zürich hat 119%. Wenn ich als Firma in die Stadt Zürich gehe statt nach Winterthur, dann habe ich nicht nur die 119%, ich habe auch noch viel bessere Verkehrsanbindung, einen See, als Pirat kann ich sogar auf den See gehen. Winterthur ist die kleinere Stadt und hat erst noch den höheren Preis. Und das ist doch eigentlich falsch, eigentlich müssten wir als Ziel deutlich unter die Stadt Zürich gehen. Und der 3. Punkt ist der psychologische Aspekt, das wurde auch schon erwähnt: Wenn mehr Geld in der Kasse ist, ist man

auch geneigt, mehr Geld auszugeben. Jetzt darf man nicht vergessen: Wenn wir mehr Geld haben, weil wir die Steuern nicht senken, dann sind mit diesem Geld die Schulden nicht zurückbezahlt, überhaupt nicht. Wir haben keinen Hebel, um verlangen zu können, dass Schulden abbezahlt werden. Dann hat man mehr Eigenkapital, und sagt: «Wir haben ja mehr Eigenkapital, wir können ja noch ein bisschen etwas bauen.» Und wenn wir mehr Eigenkapital wollen, kein Problem: Wir haben 100 Mio. PK-Rückstellungen, die wir auflösen können. Ja, entsprechend werde ich Eurem Antrag folgen.

U. Hofer (FDP): Lieber Reto, natürlich bin auch ich provoziert worden durch Dein Votum. Ich will mir gar nicht anmassen – und ich will es auch nicht machen – Dir das Unternehmertum zu erklären, das will ich mir wirklich nicht anmassen. Ich als Jungunternehmer kenne aber einen wichtigen Unterschied zwischen Unternehmer und Staat: Ich kann nicht andere zwingen, mir einen jährlichen Obolus abzugeben und auch noch alleine entscheiden, wie ich das ausgeben will. Das kann ich leider nicht. Ich würde es gerne können, aber ich kann es leider nicht, musste ich feststellen.

Deshalb kennt die Politik so etwas wie Wahlen, Gewaltenteilung, die Vertretung des Volkes durch den Gemeinderat. Da erstaunt mich doch eine Aussage von Dir, dass es Dir nie in den Sinn käme, dem Volk, das Dich gewählt hat, etwas zurückzugeben. Wem, wenn nicht dem Volk, möchtest Du etwas zurückgeben? Es ist entweder durch eine Leistung oder durch eine Reduktion von Gebühren, die man bezahlen muss, dass man irgendetwas zurückgeben muss. Und wenn Du beides nicht willst, erstaunt mich das schon. Ich fühle mich dem Volk gegenüber verpflichtet und ich sehe auch den Widerspruch, dass es völlig unverantwortlich ist, jetzt da Steuern zu senken. Aber wenn man ein «paar Milliönchen» mit Experimenten und unter Vorspiegelung von falschen Tatsachen verliert – das ist dann wieder egal. Das kann ich so nicht stehen lassen.

Ich bin erfreut von der SP, dass wir einmal «grossmehrheitlich» gleich abstimmen, wenn auch mit anderer Begründung. Ich möchte anknüpfen an die Sorgen wegen der Konstanz: Wir waren gegen die Steuerhöhung, jetzt sind wir für die Rücknahme. Wenn man von Anfang an mit uns gestimmt hätte, wäre man goldrichtig.

A. Geering (CVP/EDU): Es wurde jetzt zwei Mal gesagt «der Staat nimmt sich Steuern». Ich möchte Euch doch bitten, verbal ein bisschen korrekter umzugehen in dieser Debatte. Der Staat nimmt sich gar nichts. Es ist ein gesellschaftlicher Konsens, dass der Staat Leistungen erbringt, und es ist ein gesellschaftlicher Konsens, dass der Staat im Auftrag des Volkes die Steuern einzieht, damit der Staat diese Leistungen erbringen kann. Das ist auch in Winterthur. Der Staat nimmt sich nichts, der Staat erbringt Leistungen. Der Staat ist kein Pirat. Und es ist die Aufgabe von uns als Parlament, zu sagen, welche Leistungen wir wollen und welcher Steuerfuss notwendig ist, um diese Leistungen zu erbringen. In dem Sinne haben wir uns inhaltlich bereits geäussert: Wir unterstützen den Antrag des Stadtrates von 122%, die Änderungsanträge von 124% und 120% lehnen wir ab. Nicht weil wir finden, das ist die richtige Grösse, die sich der Staat nehmen sollte, sondern weil wir finden, das ist die Grösse, die es braucht, damit die Stadt diese Leistung erbringen kann, von der das Parlament sagt, die Stadt solle sie erbringen.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Auch ich muss noch Bezug nehmen, z.B. auf Urs Hofer. Er sagte, wir würden mit unserem Antrag das Versprechen des Stadtrates brechen. Die Fraktion Grüne/AL kann Versprechen des Stadtrates gar nicht brechen, wir sind dafür nicht verantwortlich und wir fühlen uns auch nicht verantwortlich dafür.

Daniel Oswald lobte die stadträtliche Steuerstrategie, vergass dabei aber, dass sein Antrag auf 120% genau gleich weit weg ist vom stadträtlichen Antrag wie unserer mit 124%.

Es wurde einige Male gesagt, man dürfe Staat und Wirtschaft schon nicht miteinander vergleichen, das sei etwas anderes. Wir werden Euch bei Gelegenheit, bei irgendeiner anderen Debatte, auch wieder einmal an das erinnern können. Es ist einfach so, wir vertreten einfach andere Werte, that's it. Deshalb kommen wir auch bei gleichen Sachen zu anderen Schlüssen.

F. Künzler (SP): Wir haben gerade von Arbeitnehmern gehört, wie das genau ist mit den Unternehmern und den Steuerfüssen und so, oder von Jungunternehmern... Als nicht mehr ganz Jungunternehmer möchte ich sagen: Der Steuerfuss ist für die Standortwahl einer Firma so etwas von irrelevant. Einfach dass ich das da einmal festgehalten habe. Hört einfach auf mit dieser Mär, das stimmt einfach nicht.

M. Wackerlin (GLP/PP): Wenn wir schon bei den Details sind, erlaube ich mir noch kurz, auf einen falschen Wortgebrauch von Andreas aufmerksam zu machen: Ein Konsens beinhaltet, dass alle Beteiligten einverstanden sind. Und das kann man da nicht sagen.

Stadträtin Y. Beutler: Vor vier Jahren diskutierten wir hier drinnen über 0.6631. Heute Abend reden wir von Fr. 15'879'978 Gewinn und wir diskutieren darüber, ob der Steuerfuss um 2% oder 4% gesenkt werden soll. Zwischen diesen 0.6631 und den knapp 16 Mio. liegen 4 Jahre mit harter Arbeit, harten Diskussionen und auch harten Entscheiden. Ich sagte es letzte Woche schon, aber es ist mir wirklich ein Anliegen, dass das ohne die Verwaltung, ohne den Stadtrat, aber auch ohne die Arbeit des Finanzamtes nicht möglich gewesen wäre und ich danke einfach von Herzen dafür, dass wir jetzt in dieser Situation sind. Eine Erfolgsrechnung hat zwei Seiten, eine Aufwandsseite und eine Ertragsseite. Wer immer nur auf das Preisschild schaut, der hat keinen Weitblick. Der einseitige Fokus, sowohl auf die Aufwandseite aber auch auf die Ertragseite schadet der Standortattraktivität. Ich will weder in einer Steuerhöhle noch in einer ausgepressten Zitrone wohnen. Wenn man eine gewisse Faktenaffinität hätte, könnte man das auch entsprechend auf meiner Homepage nachlesen. Meine Stadt, mein Winterthur, bringt effektive Leistungen und sie bringt sie effizient. Sie trägt aber auch Sorge zur Standortattraktivität und sie legt Wert auf die Stärken unserer Stadt. Eine grosse Stärke, die wir haben, ist unsere Lage (nahe beim Flughafen, nahe bei der Stadt Zürich) und wir haben die Hochschule, die uns jedes Jahr hervorragend ausgebildete junge Menschen in diese Stadt bringt.

Wenn Sie die Lebensqualität erhalten wollen, dann heisst das auch, dass wir nachhaltige Finanzen brauchen. Wenn Ihr schaut, was diese Diskussion bringt: 1 Steuerprozent ist 2.85 Mio., 1% Steuersenkung heisst, dass wir rund 0.57 Mio. weniger Ressourcenausgleich erhalten, d.h. dass wir gegenüber dem heutigen Steuerfuss bei 122% knapp 8 Mio. weniger Einnahmen haben (jährlich wiederkehrend) und bei 120% 13.7 Mio. weniger (jährlich wiederkehrend).

Michael Gross sagte, wir geben das Geld der Bevölkerung zurück. Das ist nicht korrekt. Wir nehmen das Geld den künftigen Generationen weg. Wir verschulden uns bei einem Steuerfuss von 124% um 51.6 Mio. zusätzlich, bei 122% um 57.9 Mio. und bei 120% um 64.2 Mio. zusätzlich. Zusätzlich verschulden.

Wenn man dann sagt, man könnte beim Finanzvermögen zusätzliche Rendite erwirtschaften, dann muss ich sagen, was es für Möglichkeiten gibt: Man kann die Teile, die nicht besonders rentieren, abstossen (das sogenannte «Tafelsilber» verscherbeln), dann hat man Einmaleffekte. Man kann prüfen, ob man die Rendite steigern kann, man kann die Infrastruktur, die man hat, verlottern lassen – das sind alles Möglichkeiten, aber wir bringen es nicht auf 64.2 Mio. Wenn man, wie Daniel Oswald, sagt, der Schuldenabbau sei sehr wichtig, dann passt das irgendwie nicht zusammen mit dem beantragten Steuerfuss von 120%. Wir sind in der Diskussion um eine Schuldenbremse. Ich kann einfach sagen: Was wir heute beschliessen, diese zusätzliche Verschuldung, wird uns 1:1 wieder einholen.

Ich kann mich eigentlich nur Andreas Geering anschliessen. Ich danke Dir für das sehr sachliche Votum, das Du gehalten hast. Es ist tatsächlich so, dass die Steuern ein legitimes Mittel zur Finanzierung von staatlichen Leistungen sind. Wenn Urs Hofer sagt, dass er niemanden zwingen könne, quasi einen Obolus zu entrichten: Man kann ihn auch nicht zwingen, Leistungen zu erbringen. Wir haben aber Leistungen, die wir als Staat erbringen müssen. Wir haben Schulen, die wir bereitstellen müssen, wir haben Menschen, die Unterstützung brauchen, wir haben unsere ganze Verkehrsinfrastruktur und und und. Und darüber hinaus haben wir noch die Sachen, die uns von irgendeinem Dorf unterscheiden – und ich glaube, es gibt einen Grund, weshalb wir alle hier in Winterthur wohnen.

Deshalb muss ich auch sagen: Der Vergleich mit dem Steuerfuss der Stadt Zürich, der leidet doch etwas. Wenn man einfach nur sagt, die Stadt Zürich ist tiefer, dann vergisst man, dass dort die Lebenshaltungskosten um einiges höher sind, die Bodenpreise, die Mietpreise – das ist alles um einiges günstiger hier. Und nur weil man auf den See schauen kann, hat man deshalb nicht mehr Geld im Sack. Abgesehen davon: Hätten wir eine durchschnittliche Belastung bei den Soziallasten, dann hätten wir den gleichen Steuerfuss wie die Stadt Zürich. Deshalb hier auch nochmals – ich mag es zwar selber schon fast nicht mehr hören – ein Soziallastenausgleich ist für die Zukunft unserer Stadt eminent wichtig.

Es wurde einige Male gesagt und geschrieben, das sei ein Budget zum Aufschneiden. Für mich ist es nicht wirklich ein Budget zum Aufschneiden, sondern ein Budget zum Luft holen. Unser IAFP ist eine Planung, das ist das, wovon man zum jetzigen Zeitpunkt davon ausgeht, was uns in den nächsten Jahren ereilen könnte. Der IAFP verheisst nicht wahnsinnig viel Gutes. Aber der IAFP ist auch mit sehr vielen Unsicherheiten behaftet, z.B. Steuervorlage 17. Wann kommt sie, wie wird sie umgesetzt, was für Ausfälle werden wir v.a. kurzfristig haben? - Wir werden es sehen. Kommt ein Soziallastenausgleich, kommt er nicht, in welcher Form kommt er, wann kommt er? – Wir werden es sehen. Und was passiert mit dem kantonalen Sanierungsprogramm, welche Massnahmen kommen, wird am Ressourcenausgleich geschraubt, wird das Steuerprozente ausmachen, gibt es andere Faktoren, die da hineinspielen werden? – Wir werden es sehen. Wir machten den IAFP nach bestem Wissen und Gewissen, nach dem Stand, den wir heute haben. Wir bereiten uns vor auf die Unsicherheiten, die wir haben, indem wir diese RPC-Studie gegeben haben, die einfach nochmals nüchtern analysieren soll, welche Leistungen wir erbringen müssen aus rechtlichen Gründen, wie erbringen wir sie, gibt es Sachen, bei denen wir nicht so weit gehen müssten, gibt es Sachen, bei denen wir den Handlungsspielraum ausschöpfen, wie sieht das genau aus.

Ich kann es nur einmal mehr sagen: Ich wünsche Ihnen einen weisen Entscheid, ich wünsche Ihnen einen Entscheid, der die Interessen der künftigen Generationen berücksichtigt. Ich wünsche Ihnen einen Entscheid, der Ihren Worten auch tatsächlich Taten folgen lässt, gerade im Hinblick auf die Verschuldung. Ich danke Ihnen herzlich, dass wir heute Abend nicht eine 0.6631-Debatte führen mussten.

Ratspräsident F. Landolt: Wir kommen zu den Abstimmungen.

Wir stellen zuerst den SVP-Antrag auf eine Steuersenkung auf 120% dem Antrag der Grünen auf einen Steuersatz von 124% gegenüber.

Wer dem Antrag der SVP auf eine Senkung des Steuerfusses auf 120% zustimmen will, soll das bezeugen durch Handerheben. Bitte auszählen.

Wer dem Antrag der Grünen für einen Steuerfuss von 124% zustimmen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben.

Wer enthält sich der Stimme?

Damit haben Sie den Antrag der Grünen mit 25:23 Stimmen und 10 Enthaltungen bevorzugt.

Ich stelle nun den obsiegenden Antrag der Grünen dem Antrag der Stadtrat gegenüber.

Wer dem Antrag der Grünen für einen Steuerfuss von 124% zustimmen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben.

Wer den Stadtratsantrag für einen Steuerfuss von 122% stützt, soll das ebenfalls bezeugen. Enthaltungen? – Keine.

Damit haben Sie dem Antrag des Stadtrates mit 45:13 Stimmen zugestimmt.

Damit wäre die Produktgruppe Steuern und Finanzausgleich erledigt.

Wir kommen zum Drehbuch auf dem Deckblatt, wir sind beim 4. Punkt.

Antrag 1: Das Budget der Stadt Winterthur über die Globalkredite und Leistungsziele der Produktgruppen in der Erfolgsrechnung für das Jahr 2018 wird genehmigt.

Wer dem zustimmt, soll das bezeugen durch Handerheben.

Wer das ablehnt, soll das ebenfalls bezeugen.

Damit haben Sie diesen Antrag einstimmig angenommen.

Antrag 2: Das Budget der Stadt Winterthur über die Aufwendungen und Erträge in der Investitionsrechnung des Verwaltungsvermögens und des Finanzvermögens für das Jahr 2018 wird genehmigt.

Wer dem zustimmt, soll das bezeugen durch Handerheben.

Wer das ablehnt, soll das ebenfalls bezeugen.

Damit haben Sie diesen Antrag einstimmig angenommen.

Antrag 3: Die ordentliche Gemeindesteuer wird auf 122 Prozent (2017: 124 %) der einfachen Staatssteuer festgesetzt und zusammen mit der gesetzlichen Personalsteuer (24 Franken pro Person) in sieben Raten gleichzeitig mit der Staatssteuer bezogen.

Wer dem zustimmt, soll das bezeugen durch Handerheben.

Wer das ablehnt, soll das ebenfalls bezeugen.

Damit haben Sie diesen Antrag mit grosser Mehrheit angenommen.

Antrag 4: Der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) der Stadt Winterthur für die Jahre 2019 bis 2021 wird zur Kenntnis genommen.

Das ist eine Kenntnisnahme.

Damit sind wir am Ende der Budgetdebatte.

Ich bedanke mich herzlich und möchte mich auch beim Leiter des Finanzamtes, Herrn Beat Holzer, und dem stellvertretenden Leiter des Finanzamtes, Herrn Giancarlo Vitali, bedanken, dass sie diesen zwei Sitzungen beiwohnten.

Wir haben noch eine Traktandenliste, aber ich glaube, es ist nicht sinnvoll, ein so wichtiges Traktandum jetzt noch dranzunehmen, wir würden wahrscheinlich überziehen.

Ich möchte da schliessen mit den besten Wünschen für die Weihnachtszeit und einen guten Jahreswechsel.

Einen Stock tiefer wartet der Apéro von Stadtmuur.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Der Präsident:

Die 1. Vizepräsidentin:

Der 2. Vizepräsident:

F. Landolt (SP)

A. Steiner (GLP)

A. Geering (CVP)